

Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb
E W L Landau in der Pfalz

Jahresabschluss 2013

Lagebericht des Vorstands

Inhaltsverzeichnis

I. GRUNDLAGEN DES UNTERNEHMENS	4
I.1. GESCHÄFTSMODELL DES UNTERNEHMENS	4
I.2. FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG	5
II. WIRTSCHAFTSBERICHTE	7
II.1. BETRIEBSZWEIG ABWASSERBESEITIGUNG	7
II.1.1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen	7
II.1.2. Geschäftsverlauf.....	8
II.1.3. Prognosebericht, Chancen und Risiken.....	9
II.1.4. Lage	10
II.1.5. Finanzielle Leistungsindikatoren.....	11
II.2. BETRIEBSZWEIG ABFALLBESEITIGUNG	11
II.2.1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen	11
II.2.2. Geschäftsverlauf.....	13
II.2.3. Prognosebericht, Chancen und Risiken.....	15
II.2.4. Lage	17
II.2.5. Finanzielle Leistungsindikatoren.....	18
II.3. BETRIEBSZWEIG STRABENREINIGUNG	18
II.3.1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen	18
II.3.2. Geschäftsverlauf.....	18
II.3.3. Prognosebericht, Chancen und Risiken.....	19
II.3.4. Lage	20
II.3.5. Finanzielle Leistungsindikatoren.....	21
II.4. BETRIEBSZWEIG BAUHOF	21
II.4.1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen	21
II.4.2. Geschäftsverlauf.....	22
II.4.3. Prognosebericht, Chancen und Risiken.....	24
II.4.4. Lage	25
II.4.5. Finanzielle Leistungsindikatoren.....	26
II.5. BETRIEBSZWEIG PROJEKTENTWICKLUNG LANDESGARTENSCHAU	26
II.5.1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen	26
II.5.2. Geschäftsverlauf.....	27
II.5.3. Prognosebericht, Chancen und Risiken.....	27
II.5.4. Lage	28
II.5.5. Finanzielle Leistungsindikatoren.....	28



III. NACHTRAGSBERICHT.....	28
IV. ALLGEMEINER PROGNOSEBERICHT, CHANCEN UND RISIKOBERICHT	29
V. RISIKOBERICHTERSTATTUNG ÜBER DIE VERWENDUNG VON FINANZINSTRUMENTEN.....	30
VI. BERICHT ÜBER ZWEIGNIEDERLASSUNGEN	30

I. Grundlagen des Unternehmens

I.1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Der Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau (EWL) ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts gemäß der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung des Landes Rheinland-Pfalz. Er wurde zum 1.1.2009 aus den vormaligen Entsorgungswerken Landau gegründet. Überwiegend sind der Anstalt hoheitliche Aufgaben übertragen. Somit steht nicht die Gewinnmaximierung im Vordergrund, sondern die Steigerung des Gemeinwohls zu günstigen Preisen. Für die meisten Dienstleistungen besteht ein Anschluss- und Benutzungszwang, somit ist der EWL als Monopolist tätig. Diese sind in der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts vom 9.12.2008, zuletzt geändert am 1.4.2014, definiert.

Im Jahr 2013 umfasste der EWL fünf Betriebszweige

- I Abwasserbeseitigung
- II Abfallbeseitigung
- III Straßenreinigung
- IV Bauhof
- V Projektentwicklung Landesgartenschau.

Für jeden Betriebszweig wird eine gesonderte Buchhaltung, Bilanz und Kosten- und Leistungsrechnung geführt.

Funktional gliedert der EWL sich in fünf Abteilungen

- 1 Verwaltungsabteilung
- 2 Abteilung Abfallwirtschaft- und Straßenreinigung
- 3 Abteilung Abwasserbeseitigung
- 4 Bauhof
- 5 Projektabteilung

Geführt wird die Anstalt durch einen Vorstand. Den Abteilungen steht jeweils ein Abteilungsleiter vor. Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beläuft sich, einschließlich Aushilfen, auf 100 Personen. Hauptsächlich werden die Beschäftigte gemäß dem Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD) entlohnt, bei 5 Beamten. Ein Großteil der Beschäftigten gehört dem gewerblichen Teil des Bauhofs an.

Der EWL hat folgende Standorte:

- Hauptsitz, Friedrich-Ebert-Straße 5 in Landau
- Bauhof, Albert-Einstein-Straße 18 in Landau
- Kläranlage Landau-Mörlheim, Am Hölzel 32
- Müllumschlaganlage / Wertstoffhof, Am Hölzel 16
- Wiegestation und Bauschuttrecyclinganlage, Am Hölzel 24
- Dienstleistungszentrum am Park (DiZaP), Georg-Friedrich-Dentzel-Straße 1

Weitere Standorte ohne dauerhafte Personalbesetzung sind neben vielen Regenrückhaltebecken:

- Pflanzenkläranlage Taubensuhl
- Deponie Arzheim
- Deponie Am Roten Weg

Die erbrachten Dienstleistungen und notwendigen Geschäftsprozesse werden in den nachfolgenden Unterabschnitten konkreter beschrieben.

I.2. Forschung und Entwicklung

Im Rahmen der Satzungsänderung am 11.04.2014 wurde die Anstalt ermächtigt, einen Betriebszweig Service zu gründen. Zweck des Betriebszweiges ist es, die interne Verrechnung transparenter darzustellen und die Steuerung zu erleichtern. So sollen alle Querschnittsdienstleistungen (z. B. Buchhaltung, Gebührenabrechnung, Dienstgebäude) in diesem Betriebszweig gebündelt werden. Vorgesehen ist es, den Betriebszweig zum 1.1.2015 zu gründen.

Die demografische Entwicklung der Stadt Landau ist noch entgegen dem Landestrend positiv. Bedingt durch die Universität Koblenz-Landau ist das Durchschnittsalter im Vergleich zum Durchschnitt in Rheinland-Pfalz noch relativ niedrig. Aber es ist eine deutliche Zunahme der Bevölkerung mit einem Alter von über 70 Jahre zu erkennen. Außerdem nimmt die durchschnittliche Anzahl der Personen eines Haushaltes weiter ab, der Trend zu Single-Haushalten ist ungebrochen.

Die Reduzierung der CO₂-Emission ist eine wichtige gesellschaftliche Herausforderung, der sich der EWL stellt. Im Rahmen von Investitionen und Beschaffungen wird wo möglich die Energieeffizienz und CO₂-Emission als Bewertungskriterium neben dem Preis herangezogen.

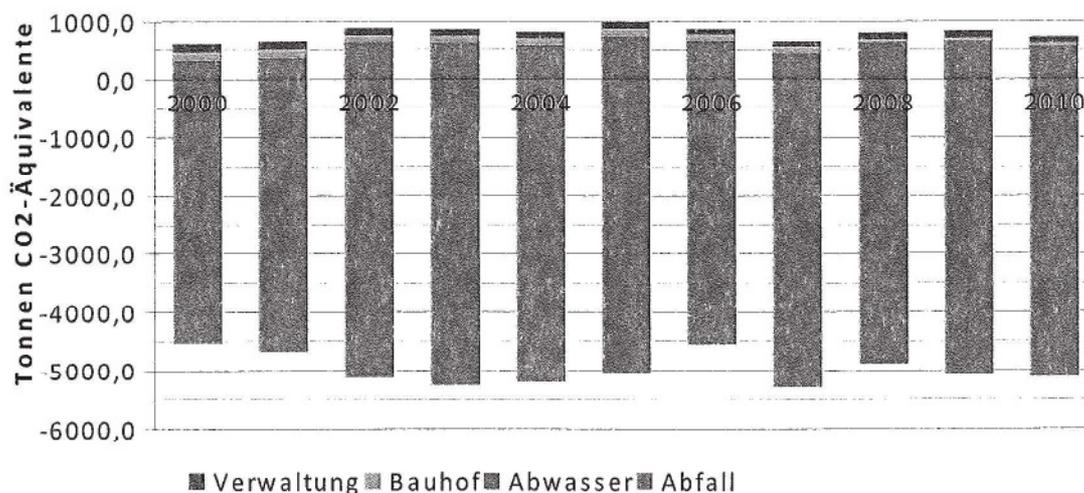


Abbildung 1 Gesamtbetrachtung der CO₂-Emission der einzelnen Betriebszweige des EWL (Quelle: CO₂-Bilanzierung der Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebe der Stadt Landau in der Pfalz – EWL, März 2012)

Der EWL versteht sich als Umweltschutzbetrieb und hat bisher schon zu einer maßgeblichen Reduzierung der CO₂ – Emission der Stadt Landau beigetragen, wie der *Abbildung 1* entnommen werden kann.

II. Wirtschaftsberichte

II.1. Betriebszweig Abwasserbeseitigung

Aufgabe der Abwasserabteilung ist die Sammlung und Reinigung des kommunalen Abwassers. Dies impliziert sowohl den Betrieb als auch den Bau und die Instandsetzung der dafür notwendigen Anlagen. Die Abwasserabteilung ist in folgende Aufgabenbereiche gegliedert:

1. Kanalnetz zur Sammlung und zum Transport des Abwassers
 - 1.1. Sammler Sanierung und Erneuerung
 - 1.2. Anschlussleitung Neubau und Sanierung
 - 1.3. Erschließung neuer Gebiete
 - 1.4. Dokumentation der Anlagen und Maßnahmen im geografischen Informationssystem.
Dieses stellt auch die Grundlagen für die Planung der Baumaßnahmen bereit.
 - 1.5. Unterhalt des Kanalnetzes: Reinigung, Inspektion, kleinere Reparaturen
2. Kläranlagen zur Abwasserreinigung
 - 2.1. Erneuerung der Kläranlagen und verfahrenstechnische Änderungen
 - 2.2. Betrieb der Anlagen
3. Überwachung von Indirekteinleiter (Gewerbe- bzw. Industriebetriebe)
4. Betrieb der Waage und Nachsorge der Deponien als Dienstleistung für die Abfallabteilung

Zur Erfüllung dieser Aufgaben stehen 8,35 Verwaltungsstellen der Entgeltgruppen 8 bis 11 und 9,6 gewerbliche Stellen der Entgeltgruppen 5 bis 9 zur Verfügung.

Neben dem Abwasser der Stadt Landau wird in der Kläranlage Landau-Mörlheim auch das Abwasser aus benachbarten Verbandsgemeinden gereinigt. Hierüber wurde eine Zweckvereinbarung abgeschlossen.

II.1.1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Gebühren des EWL bei der Abwasserbeseitigung sind im Verhältnis der rheinland-pfälzischen Abwasserbetriebe sehr günstig, wie die regelmäßige Teilnahme am rheinland-pfälzischen Abwasser-Benchmark belegt.

Der spezifische Trinkwasserverbrauch liegt mit üblichen Schwankungen infolge der Gartenbewässerung bei rd. 170 l pro Einwohner und Tag. Dabei stiegen sowohl die Einwohnerzahl und die versiegelte Fläche in den letzten Jahren um ca. 1% jährlich. Die Gebühreneinnahmen sind deshalb mittelfristig als gering steigend anzusehen.

Das rd. 225 km lange Kanalnetz hat insgesamt einen Restbuchwert von 34% der Anschaffungskosten. Das mittlere Alter beträgt 38 Jahre. 40% der Kanäle sind schadhaft. Die aktivierbaren Investitionen lagen in den letzten Jahren in der Höhe der Abschreibungen. Da die schweren Schäden weitgehend saniert sind, wird der Anteil der nicht aktivierbaren Reparaturen zukünftig zunehmen und sich damit eine Verschiebung von den Investitionen zu den Unterhaltskosten einstellen.

II.1.2. Geschäftsverlauf

Durch die seit 2010 durchgeführten Investitionen wurde der Restbuchwert der Kläranlage wieder angehoben. Die Betriebsmittelkosten der Kläranlage sind wesentliche Kostenpositionen. Im Mittel der letzten Jahre stiegen der Strompreis um 6% und der Preis der Chemikalien um 8%. Der Preis für die Entsorgung des Klärschlammes ist konstant geblieben.

Im Betrieb der Kläranlage zeigte sich, dass die 2012 neu eingebaute Belüftung zu einer Stromeinsparung von ca. 70.000 €/a bezogen auf das Mittel der vorhergegangenen 7 Jahre führte. Bedingt durch den geringeren Strombedarf stieg die Stromeigenproduktion auf 94% des Bedarfes an. Die Investition wird sich dadurch innerhalb von 8 Jahren amortisieren. Ein weiteres Ergebnis des Umbaus ist die gleichbleibende Absetzbarkeit des Schlammes. Hierdurch konnten Chemikalien in Höhe von rd. 40.000 €/a eingespart werden.

Der zweite Bauabschnitt der Erneuerung der Elektrotechnik auf der Kläranlage wurde begonnen. Am Betriebsgebäude wurde die asbesthaltige Verschindelung durch ein Wärmedämmverbundsystem ersetzt sowie die Fenster erneuert.

Mit der Kanalsanierung in der Arbotstraße wurde das letzte Projekt des Abwasserbeseitigungskonzeptes 2005/2011 ausgeführt. Die Beseitigung der bisher bekannten schweren Schäden ist damit abgeschlossen.

Die Sanierung der leichteren Schäden gemäß Abwasserbeseitigungskonzept 2013/2019 wurde begonnen. Anders als im vorhergehenden Programm werden nun in einem abgegrenzten Stadtgebiet alle Schäden behoben. In Mörlheim und Dammheim ist die Sanierung abgeschlossen. Im Horstgebiet wurde sie begonnen.

Die gemäß Eigenüberwachungsverordnung alle 10 Jahre durchzuführende flächendeckende Untersuchung des Kanalnetzes wurde begonnen. Erste Auswertungen ergaben, dass in Godramstein die Korrosionsschäden seit 2003 deutlich zugenommen haben. Der Grund hierfür ist bisher nicht bekannt.

Das Fremdwasserbeseitigungskonzept muss weiter entwickelt werden. Anhand der Kanalbefilmung von 2013 werden Fremdwasserquellen systematisch erfasst. Die Einleitstellen von Felddrainagen werden erkundet. Die Messtechnik wurde verbessert und erweitert. Im Winterhalbjahr wurden umfangreiche Messungen durchgeführt.

Im Gewerbegebiet D9 wurden zwei weitere Straßen erschlossen. Für das Sanierungsgebiet Bürgergraben wurde die Erschließung geplant. Die Planung musste aber wegen nachträglich entdeckter Altlasten grundlegend überarbeitet werden. Die Erschließungsplanungen von D 10 und ND 8 sind in Bearbeitung. Der Fortgang dieser Arbeiten wird durch Finanzierungsprobleme der Erschließungsträger gebremst.

II.1.3. Prognosebericht, Chancen und Risiken

Die Kanalsanierung im Horstgebiet und in Queichheim wird fortgesetzt. Die Planung der Kanalsanierung in Godramstein und Nußdorf wird begonnen. Hier werden auch die Anschlussleitungen auf Grundlage der neuen EN-Norm inspiziert.

Die flächendeckende Kanalinspektion wird 2014 fortgesetzt. Darauf aufbauend wird dann das Abwasserbeseitigungskonzept fortgeschrieben.

Auf der Kläranlage kann die Erneuerung der Elektrotechnik voraussichtlich 2014 abgeschlossen werden. Die Überschussschlammeindickung und die Schlammwässerung werden erneuert. Die Planung für die Sanierung der Faultürme soll beginnen. Durch die konsequente energetische Sanierung der Kläranlage sollen die Betriebskosten und der CO₂-Ausstoß der Abwasserreinigung weiter reduziert werden.

Ab 2017 wird unter Zugrundelegung der gegenwärtigen Gesetzeslage eine landwirtschaftliche Verwertung der Klärschlämme nicht mehr möglich sein. Dann muss der Klärschlamm verbrannt werden. Zur Sicherung des knappen Rohstoffes Phosphor soll dies nach dem Willen der Bundesregierung in Monoverbrennungsanlagen erfolgen. Die Klärschlammasche soll dann so lange auf Deponien abgelagert werden, bis die Methoden zur Rückgewinnung des Phosphates wirtschaftlich sind. Voraussichtlich verdoppeln sich damit die Behandlungskosten für Klärschlamm.

Bezüglich der Abwassergebühren muss ein Augenmerk auf die lokalen Kanalsanierungen gelegt werden. Wenn nach Auswertung der Kanalinspektion hier größere Reparaturen notwendig sind, die nicht den Investitionen, sondern direkt dem Aufwand zuzuordnen sind, wird wahrscheinliche eine Gebührenanpassung notwendig sein.

II.1.4. Lage

a) Ertragslage

Die Umsatzerlöse haben sich im Berichtsjahr 2013 um 821 T€ verringert. Dies betrifft auch den Materialaufwand, der sich um 578 T€ gegenüber dem Vorjahr reduziert hat. Die Personalkosten sind aufgrund tariflicher Abschlüsse und Veränderungen für Pensions-/Beihilfeansprüche um 91 T€ gestiegen. Die Abschreibungen haben sich im Berichtsjahr um 157 T€ erhöht, welches auf einem größeren Investitionsvolumen beruht.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 476 T€ vermindert.

b) Finanzlage

Die Finanzlage ist als stabil zu bezeichnen. Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Forderungen innerhalb der Fälligkeiten zu vereinnahmen und Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen.

Die Kapitalstruktur hat sich weiter verbessert. Grund ist die Zuführung der Ergebnisse in die Allgemeine Rücklage.

Langfristige Anlagen sind durch das Eigenkapital gedeckt. Die kurzfristigen Forderungen und die Bankbestände übersteigen die kurzfristigen Verbindlichkeiten.

Die Liquiditätslage hat sich im Berichtsjahr weiter verbessert.

c) Vermögenslage

Das Vermögen des Betriebszweiges hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht vermindert.

II.1.5. Finanzielle Leistungsindikatoren

Vergleiche hierzu die Ausführungen im Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichtes zum 31.12.2013.

II.2. Betriebszweig Abfallbeseitigung

Aufgabe der Abfallbeseitigung ist, die im Stadtgebiet bei privaten Haushalten anfallenden Abfälle zu sammeln, befördern und einer Verwertung oder schadlosen Beseitigung zuzuführen.

Ein Sammelsystem gibt es für Rest- und Bioabfälle und für Papier, Pappe und Kartonage. Sperrige Abfälle und Elektroschrott können die Bürger im Bringsystem im Entsorgungszentrum abgeben. Ebenso können Gartenabfälle und Strauchschnitt angedient werden. Gefährliche Abfälle können die Bürger bei speziellen Gefahrstoffsammlungen abgeben.

Der EWL betreibt keine eigenen Verwertungsanlagen. Zur Verwertung der Rest- und sperrigen Abfälle ist er Mitglied beim Zweckverband Abfallverwertung Südwestpfalz (ZAS). Die Abfälle werden im Müllheizkraftwerk Pirmasens verbrannt.

Die Abteilung Abfallwirtschaft und Straßenreinigung mit 4,5 Stellen ist für die Aufgaben des Betriebszweiges zuständig.

II.2.1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Stadt Landau erreicht im Bericht der Landesregierung für das Jahr 2012, neben zahlreichen anderen Kommunen, eine Verwertungsquote von 100%. Die jährliche Haushaltsrestabfallmenge lag bei 108 kg pro Einwohner. Hier weicht der Landauer Wert positiv von dem rheinland-pfälzischen Landesdurchschnitt ab, der bei 157 kg pro Einwohner und Jahr liegt. An Bioabfällen wurden 100 kg pro Einwohner gesammelt und damit deutlich mehr als im Landesschnitt, der bei 73 kg pro Einwohner lag. Die Papiererfassung lag ebenfalls mit 94 kg pro Einwohner deutlich über dem Landeswert von 86 kg.

Im Rahmen der Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes des Bundes ergaben sich folgende Auflagen:

- Pflicht zur Einführung einer Biotonne ab dem 1.1.2015
Da schon eine Biotonne eingeführt ist, gibt es keine einschneidenden Änderungen. Zu klären ist allerdings, ob es auch zukünftig eine Befreiung der Biotonne bei Eigenkompostierern oder kleinen Gewerbetrieben geben kann.

- Einführung einer Wertstofftonne zum 1.1.2015
Die Einführung bis zum 1.1.2015 wird nicht möglich sein. Das beabsichtigte Wertstoffgesetz wurde nicht umgesetzt. Der Gesetzgeber muss festlegen, ob zukünftig die Wertstofftonne durch die öffentlich rechtlichen Entsorgungsträger oder durch private Unternehmen im Rahmen der Produktverantwortung aufgestellt und abgerechnet wird. Nach dem derzeitigen Stand kann eine Wertstoffsammlung nicht kostendeckend betrieben werden.

Da die Stadt Landau eine Bevölkerungszunahme verzeichnet, ergibt sich eine Zunahme des Behälterbestandes mit entsprechenden Mehreinnahmen bei den Gebühren. Hierdurch kann nach einer Reduzierung der Gebühren im Jahr 2011 seitdem das Gebührenniveau konstant gehalten werden.

Mit der Mitgliedschaft im ZAS verbunden ist die Verpflichtung, die Abfälle zur Beseitigung dem ZAS anzuliefern. Diese werden im Müllheizkraftwerk (MHKW) Pirmasens verbrannt. Auf Grund der hohen Verbrennungsentgelte liegen die Abfallgebühren in Landau auf relativ hohem Niveau.

II.2.2. Geschäftsverlauf

Trotz steigender Bevölkerungszahl hat sich die zu beseitigende Menge an Restabfall stabilisiert. Hier greift das 2011 modifizierte Gebühren- und Behältersystem. In Rheinland-Pfalz ist Landau die kreisfreie Stadt mit dem geringsten Restabfallaufkommen.

Abfallart	Mengen 2012 in Mg	Mengen 2013 in Mg	Veränderung
Abfälle zur Beseitigung			
Gesammelter Haushaltsabfall	4.737	4.765	+1 %
Sperriger Haushaltsabfall	1.749	1.864	+ 7 %
Gewerbeabfälle	716	723	+ 1 %
Abfälle zur Verwertung			
Gesammelter Bioabfall	4.381	4.417	+ 1 %
Papier, Pappe, Kartonage	4.127	4.081	- 1 %
Altholz	1.953	1.949	0%
Grünschnitt	4.329	4.546	+ 5 %
Elektrogeräte (Eigenvermarktung)	111	203	+ 83 %

Wie unter II.2.3 dargestellt, wird der ZAS das Jahr 2013 mit einem Verlust von ca. 1,5 Mio. Euro abschließen. Der Verlust soll nach Vorstellungen der Geschäftsführung des ZAS im Jahr 2015 über eine Sonderzahlung der Verbandsmitglieder abgedeckt werden. Entsprechend ist eine Vorsorgeposition im Jahresabschluss zu berücksichtigen.

Die Bioabfallverwertung wurde europaweit ausgeschrieben. Unter Berücksichtigung des Klimagases CO₂ wurde der Auftrag an eine Firma in Saalfeld (Thüringen) vergeben. Seit 2013 wird der Bioabfall vor der Kompostierung in einer Vergärungsanlage energetisch verwertet.

Eine Analyse des Restabfalls wurde durchgeführt, um eine repräsentative Aussagen über die Zusammensetzung zu erhalten. Vor dem Hintergrund der Novellierung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes waren insbesondere die Wertstoffe und Bioabfälle im Fokus.

Im Papierbereich war neben einer etwas geringeren Sammelmenge auch ein Rückgang der spezifischen Erlöse zu verzeichnen. Die Erlöse ergeben sich aus den indizierten Marktpreisen des statistischen Bundesamtes. Gegenüber 2012 mit einem durchschnittlichen Erlös von 101 €/Mg reduzierte sich der Erlös 2013 auf ca. 95 €/Mg. Insgesamt konnte trotzdem ein Deckungsbeitrag für die Gebühren erwirtschaftet werden.

Zuständig für die Sammlung der Verkaufsverpackungen sind gemäß Verpackungsverordnung die Dualen Systeme. Diese bedienen sich privater Firmen, um die Verpackungstoffe hausnah abzuholen. In Landau werden die sogenannten Leichtverpackungen (LVP) über Gelbe Säcke eingesammelt. Das Aufkommen liegt mit +1% leicht über dem des Vorjahres bei 1.607 Mg. Die Glasverpackungen werden mittels transparenter Säcke gesammelt. Die auf diesem Wege erfassten Mengen an Glas fielen leicht um 2% auf 1.280 Mg.

Liegenschaften

Das Gebäude Friedrich-Ebert-Straße ist neben der eigenen Nutzung auch an die Stadt Landau vermietet.

Umschlaganlage/Wertstoffhof: Im Berichtsjahr erfolgten keine wesentlichen Änderungen im Betriebsablauf der Anlage.

Die Grundstücksfläche der Bauschuttrecyclinganlage ist an die Südpfälzische Bauschutt-Recycling Landau GmbH & Co. KG (SBRL) verpachtet. Eine Vergütung erfolgt anhand des Mengeneingangs. Die Menge des angelieferten Bauschutts verminderte sich um 3% auf 46.611 Mg.

Der Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb ist für zwei Deponiestandorte zuständig, die sich in der Nachsorgephase befinden:

- Auf der Deponie Am Roten Weg musste die Oberflächenabdichtung in Teilbereichen ertüchtigt werden. Parallel erfolgte die Installation einer großflächigen Photovoltaikanlage durch die EnergieSüdpfalz GmbH. Die entsprechende Fläche wurde an die GmbH vermietet.
- Auf dem Standort der Altdeponie „Arzheim“ steht die beantragte genehmigungsrechtliche Abnahme durch die Aufsichtsbehörde noch aus.

II.2.3. Prognosebericht, Chancen und Risiken

Allgemein verfolgt die Politik das Ziel der Sicherung der Rohstoffe. Hierzu gehören insbesondere die im Abfall enthaltenen Wertstoffe. Da die finanziellen Rahmenbedingungen und Anreize allerdings derzeit fehlen, ist eine strukturelle Neuausrichtung der Gesetze notwendig. Noch unklar ist, welche Aufgaben hier den öffentlich rechtlichen Entsorgungsträgern zukommen sollen.

Landau hat eine relativ geringe Menge an Restabfall und erreicht heute schon die Zielzahlen für das Jahr 2025, die das Land Rheinland-Pfalz in seinem Abfallwirtschaftsplan 2013 vorgeben hat. Die Daten des Planes belegen, dass allgemein die Restabfallmengen weiter sinken werden. Dies hat negative Folgen auf die Auslastung der Müllheizkraftwerke. Auf dem Markt gibt es aktuell schon Überkapazitäten, die sich weiter erhöhen werden. Somit ist mit weiter sinkenden Marktpreisen zu rechnen. Hier wird das Müllheizkraftwerk Pirmasens zukünftig nicht mehr wettbewerbsfähig sein. Schon heute ist das MHKW eines der teuersten im Umkreis, was die Akquise von Abfällen zur Beseitigung oder Verwertung erschwert.

Seit der Inbetriebnahme des MHKW 1999 sind die Abfallmengen, die von den Verbandsmitgliedern angeliefert wurden von ca. 94.500 Mg auf 73.220 Mg zurückgegangen. Dieser Trend wird sich auch weiterhin, unterstützt durch die Gesetzgebung, fortsetzen.

Gegenüber der kalkulierten Verbrennungsmenge von 178.000 Mg konnten lediglich 167.490 Mg dem MHKW angedient werden. Hier ist der Trend weg von der thermischen Verwertung hin zur stärkeren stofflichen Verwertung der Abfälle aus dem Bereich der gewerblichen Abfälle und Wertstoffe der Dualen Systeme bemerkbar. Aufgrund der weiteren Entwicklung des Entsorgungsmarkts im Hinblick auf Verbrennungsüberkapazitäten in Deutschland ist mit steigenden Entsorgungskosten für die Verbandsmitglieder zu rechnen. Gleichzeitig sind die Erlöse aus dem Verkauf elektrischer Energie auf Grund der Energiewende gesunken – auch hier ist keine Änderung der Situation absehbar.

Hier liegt das größte wirtschaftliche Risiko für den Betriebszweig. Laut ZAS-Geschäftsbericht 2013 betragen die Ist-Kosten der Restabfallentsorgung für die Verbandsmitglieder pro Tonne angelieferten Abfalls 259,77 € gegenüber den von der Verbandsversammlung festgelegten Kosten von 239,70 €. In der Summe ergibt sich somit ein Verlust von 1,47 Mio. €. Der Verlust soll im Jahr 2015 über eine Sonderumlage durch die Verbandsmitglieder ausgeglichen werden. Auf den EWL entfällt somit auf Basis der angelieferten Restabfallmenge von 7.020,84 Mg ein Anteil von 141.535 €.

Derzeit plant ein privates Unternehmen in der Nachbarschaft der Verbrennungsanlage eine Klärschlamm-trocknungsanlage zu bauen. Wird es möglich die Abgabe von Abwärme aus dem MHKW für die Klärschlamm-trocknung zu steigern, erhöht sich die Energieeffizienz der Anlage. Dies ist wichtig zum Erhalt des Status des Müllheizkraftwerkes als Anlage zur Verwertung. Nur bei Erhalt dieses Status können weiterhin gewerbliche Abfälle (Abfälle zur Verwertung) angenommen und verbrannt werden.

Aktuell laufen Untersuchungen über die Zukunft des MHKW Pirmasens. Es wird geprüft, durch welche Maßnahmen die Ertragslage verbessert werden kann oder unter welchen Prämissen im Extremfall die Anlage geschlossen werden kann.

Um der Aufgabe einer Ressourcen schonenden Kreislaufwirtschaft gerecht zu werden, muss die Wertstoffannahme optimiert werden. Dies kann an der bestehenden Anlage nicht realisiert werden. Auf einer dem EWL gehörenden Fläche im Industriegebiet F6 ist ein Neubau vorgesehen.

Auf Basis der 2013 durchgeführten Restabfallanalyse wird geprüft, welche Wertstoffe wirtschaftlich getrennt erfasst werden können. Somit kann das Restabfallvolumen zur Beseitigung reduziert und gleichzeitig könnten Einnahmen durch Vermarktung von Wertstoffen erzielt werden. So werden seit der Neuausschreibung der Altholzverwertung erstmals Erlöse erzielt.

Durch die komplette Ausstattung aller Abfallsammelgefäße des EWL mit Identifikations-Chips ist eine gute Auswertungsgrundlage geschaffen. Diese ermöglicht eine schnelle Auswertung von Betriebsdaten. Ein positiver Nebeneffekt ist, dass nur angemeldete Behälter, für die auch Gebühren entrichtet werden, geleert werden.

Der EWL ist Inhaber der Betriebsgenehmigung der Bauschuttrecyclinganlage. Betrieben wird sie durch einen privaten Dritten. Für die Aufsichtsbehörde ist der EWL verantwortlich für die Einhaltung der Genehmigungsaufgaben. Dieser Zustand ist auf Dauer nicht tragfähig. Zur Minimierung des Risikos ist es erforderlich, die Genehmigungen auf den Betreiber zu übertragen. Mit dem Betreiber wurde eine entsprechende Vereinbarung abgeschlossen, dass spätestens 2016 der Betreiber auch Genehmigungsinhaber sein soll.

II.2.4. Lage

a) Ertragslage

Die Umsatzerlöse haben sich im Berichtsjahr 2013 nur geringfügig verringert.

Der Materialaufwand hat sich demgegenüber 254 T€ gegenüber dem Vorjahr erhöht. Ursache sind die erhöhten Aufwendungen für Abfallbeseitigungskosten beim ZAS. Die Personalkosten sind aufgrund tariflicher Abschlüsse und Veränderungen für Pensions-/Beihilfeansprüche leicht angestiegen. Die Abschreibungen haben sich im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr kaum verändert.

Das Finanzergebnis hat sich im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr um 59 T€ verbessert. Grund sind die Zinsveränderungen im Bereich des BilMoG für die Rückstellungen der Altdeponien.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 359 T€ vermindert.

b) Finanzlage

Die Finanzlage ist als stabil zu bezeichnen. Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Forderungen innerhalb der Fälligkeiten zu vereinnahmen und Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen.

Die Kapitalstruktur hat sich weiter verbessert. Grund ist die Zuführung der Ergebnisse in die allgemeinen Rücklagen.

Langfristige Anlagen sind durch das Eigenkapital gedeckt. Die kurzfristigen Forderungen und die Bankbestände übersteigen die kurzfristigen Verbindlichkeiten.

Die Liquiditätslage hat sich im Berichtsjahr weiter verbessert.

c) Vermögenslage

Die Vermögenslage des Betriebszweiges hat sich gegenüber dem Vorjahr ebenfalls verbessert.

II.2.5. Finanzielle Leistungsindikatoren

Vergleiche hierzu die Ausführungen im Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichtes zum 31.12.2013.

II.3. Betriebszweig Straßenreinigung

II.3.1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Stadt Landau ist das wirtschaftliche Zentrum der Südpfalz. Neben den Industrie- und Gewerbebetrieben hat insbesondere der innerstädtische Handel eine große wirtschaftliche Bedeutung. Dabei muss die Stadt Landau zur Weiterentwicklung des Handels ein attraktives Erscheinungsbild pflegen, als wichtiger weicher Standortfaktor. Dieses wird maßgeblich durch die Sauberkeit von Straßen und Plätzen beeinflusst. Der EWL kann dabei im Rahmen seiner Zuständigkeit für die öffentliche Straßenreinigung das Stadtbild aktiv beeinflussen.

Die Abteilung Abfallwirtschaft und Straßenreinigung mit 4,5 Stellen ist für die Aufgaben des Betriebszweiges zuständig.

II.3.2. Geschäftsverlauf

Zum 1. Juli 2012 wurde nach europaweiter Ausschreibung die maschinelle öffentliche Straßenreinigung (Reinigungsklasse I und IV) an eine externe Firma vergeben. Zum gleichen Zeitpunkt hat der Bauhof die maschinelle Reinigung der Fußgängerzone übernommen (Reinigungsklasse II und III) und führt zusätzlich viermal wöchentlich die Grobreinigung (manuelle Reinigung) in diesem Bereich durch. Nach Abschluss der Baumaßnahme Mitte des Jahres 2013 wurde der Untertorplatz in die Reinigungsklasse III und die Zeughausgasse in die Reinigungsklasse II eingestuft.

Durch den Abschluss der Baumaßnahmen in der Südstadt zum 31.12.2013 wurde die öffentliche Straßenreinigung zum Jahreswechsel wieder aufgenommen, nachdem diese über ein Jahr lang ausgesetzt war.

Es wurden 2013 wöchentlich ca. 112 km Fahrbahnen und ca. 34.000 m² Fußgängerzone / verkehrsberuhigte Bereiche gereinigt. Wegen Eis bzw. Schneefall war eine maschinelle Reinigung an 31 Tagen (2012: 20 Tage) nicht möglich.

Der im Jahre 2009 gegründete „Arbeitskreis Stadtbildpflege“ hat im Jahre 2013 einmal getagt. Durch die direkte moderierte Kommunikation der Fachämter können eine Vielzahl problematische Punkte im Stadtgebiet effizient gelöst werden.

Das im Jahre 2012 neu eingeführte „Scherbentelefon“ beim EWL wird von der Bevölkerung gut angenommen. In dem Berichtszeitraum gingen insg. 92 Meldungen über Verschmutzungen auf Rad- und Feldwegen, Straßen und anderen öffentlichen Plätzen ein. Innerhalb von 48 Stunden waren alle Verunreinigungen beseitigt ob Scherben, wilde Müllhalden oder Anderes. Die Zusammenarbeit mit den betroffenen Fachabteilungen funktionierte problemlos.

II.3.3. Prognosebericht, Chancen und Risiken

Die extern beauftragte Reinigungsfirma hat äußerst knapp kalkuliert. Sie versucht eine höhere Vergütung durch Geltendmachung von Leistungserschwernisse zu begründen. Diese mussten bisher abgelehnt werden, da alle bisher vorgebrachten Sachverhalte durch die Ausschreibung abgedeckt sind. In Gesprächen wurden verschiedene Einzelmaßnahmen und Verfahrenswesen abgestimmt, die zur Verbesserung der Situation führen sollten.

Im Berichtsjahr wurden die Baumaßnahmen in der Fußgängerzone abgeschlossen und Unterflurbehälter installiert, um das Fassungsvermögen der Papierbehälter an besonders frequentierten Straßen und Plätzen zu erhöhen.

Der Arbeitskreis Stadtbildpflege wird im Jahre 2014 schwerpunktmäßig mit den Vorbereitungen zur Landesgartenschau beschäftigt sein. Dabei wird ein Reinigungsplan erstellt werden, aus dem sich die „Brennpunkte“ mit häufiger Reinigung und nachgeordnete Bereiche ablesen lassen.

Die Einbeziehung der öffentlichen Abfallbehältnisse in den Reinigungsklassen I und II wird geprüft, zur Entlastung des städtischen Haushalts.

Durch die älter werdende Bevölkerung ist zu prüfen, ob die öffentliche Straßenreinigung auf weitere Stadtteile ausgeweitet werden sollte.

II.3.4. Lage

a) Ertragslage

Die Umsatzerlöse haben sich im Berichtsjahr 2013 um 21 T€ erhöht. Beim Materialaufwand hat sich demgegenüber nur eine geringfügige Veränderung ergeben. Die Personalkosten haben sich um 44 T€ vermindert. Wesentlicher Grund sind Veränderungen für Pensions-/Beihilfeansprüche.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 34 T€ verbessert.

b) Finanzlage

Die Finanzlage ist als stabil zu bezeichnen. Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Forderungen innerhalb der Fälligkeiten zu vereinnahmen und Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen.

Die Kapitalstruktur hat sich weiter verbessert. Grund ist die Zuführung der Ergebnisse in die Allgemeine Rücklage.

Langfristige Anlagen sind durch das Eigenkapital gedeckt. Die kurzfristigen Forderungen und die Bankbestände übersteigen die kurzfristigen Verbindlichkeiten.

Die Liquiditätslage ist unverändert gut.

c) Vermögenslage

Die Vermögenslage des Betriebszweiges hat sich gegenüber dem Vorjahr ebenfalls verbessert.

II.3.5. Finanzielle Leistungsindikatoren

Vergleiche hierzu die Ausführungen im Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichtes zum 31.12.2013.

II.4. Betriebszweig Bauhof

Der Betriebszweig Bauhof wird durch die gleichnamige Abteilung geführt. Im Jahresdurchschnitt umfasste die Abteilung 49 Beschäftigte, davon 5 Angestellte. Im Betriebszweig sind die gewerblichen Dienstleistungen des EWL gebündelt. Ein Großteil davon sind Dienstleistungen für die Stadt Landau als Einrichtungsträger. Der Bauhof gliedert sich in folgende Sparten:

- 8641 Verwaltung
- 8642 Grünpflege
- 8644 Stadtreinigung
- 8643 Straßenunterhalt
- 8645 Werkstatt/Lager/PSA
- 8646 Stadtteilservice

II.4.1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Ungefähr ein Drittel der Umsätze des Bauhofes sind EWL-interne Umsätze, die überwiegend für die Betriebszweige Abfallbeseitigung und Straßenreinigung erbracht werden. Der Hauptumsatz wird für die Stadtverwaltung und deren Eigenbetriebe erbracht.

Strukturell muss der Bauhof sich mit externen Firmen vergleichen. Eine wesentliche Rolle spielt hier das Lohnniveau. Der EWL vergütet seine Beschäftigten entsprechend dem Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD). Demgegenüber differieren die Löhne externer Firmen teilweise erheblich. Gegenüber der Baubranche sind die Löhne wettbewerbsfähig. Im gärtnerischen und dem Entsorgungsbereich liegen die Löhne der Privatwirtschaft deutlich unter dem Niveau des TVöD. Hier muss der Bauhof durch schnelle Verfügbarkeit und Qualität der Arbeit die Lohnnachteile kompensieren.

Ein wichtiger Erfolgsfaktor für den Bauhof ist die Krankenquote. Entgegen dem Trend der vergangenen Jahre mit steigender Krankenquote sank diese im Jahr 2013.

II.4.2. Geschäftsverlauf

Sparte Stadtreinigung

Die Sparte hat zwei Gruppen, die klassische Abfallsammlung und die Straßenreinigung.

Abfallsammlung

Die Gruppe sammelt im Auftrag der Abteilung Abfallwirtschaft und Straßenreinigung die Rest- und Bioabfälle und Papier, Pappe und Karton ein. Seit 2011 sind die Abfallgefäße mit einer Identifizierung ausgestattet. Hierdurch ergeben sich deutliche Verbesserungen der Reklamationsbearbeitung. Alle Leerungsdaten sind ersichtlich und können zu unterschiedlichen Auswertungen genutzt werden. Meldungen, die bei der Entleerung der Müllbehälter vom Personal am Fahrzeug erzeugt wurden, können direkt zu Serviceaufträgen genutzt werden. Der Bauhof ist auch für das Behältermanagement (Ausgabe, Tausch, Rücknahme) zuständig.

Mit der Einführung von zwei- oder vier-wöchentlicher Leerung der Restmüllgefäße hat sich der zeitliche Rahmen der Abfuhrtage während der Restmülltouren verändert. Stehen bei der vierwöchentlichen Leerung fast alle Restmüllgefäße zur Abholung bereit, so fallen bei der 14-täglichen Leerung nur etwa 60 % der Mengen an.

2013 wurde ein kleines Pressmüllfahrzeug gekauft, das für Sammlung von Abfällen in engen Straßen und bei der Stadtreinigung im Einsatz ist.

Kurzfristige, aber auch langfristige Personalausfälle bei der Müllabfuhr mussten durch Mitarbeiter aus der Sparte Straßenunterhalt ausgeglichen werden. Somit wurden im Jahr 2013 rund 13 % der Leistungserbringung „Müllabfuhr“ durch Mitarbeiter des Straßenunterhaltes erbracht.

Stadtreinigung

Die Stadtreinigung ist zuständig für die Leerung der öffentlichen Papierbehälter im gesamten Stadtgebiet, die Reinigung der Straßen, Wege und Plätze in den Reinigungsbezirken II und III sowie für sonstige Sonderaufträge. Hierzu steht eine kleine Reinigungsmaschine zur Verfügung.

Sparte Grünpflege

Die Sparte ist nur für die Stadt tätig. Schwerpunkt ist hierbei die Pflege der städtischen Parks. Teilweise werden aber auch Sonderaufträge bei sonstigen städtischen Grünflächen und Spielplätzen abgearbeitet, insbesondere im Sommer bei der Bewässerung von Bäumen. Teilweise wünschen die städtischen Dienststellen, dass mehr Aufträge abgearbeitet werden, dies ist aber auf Grund der relativ geringen Personalausstattung der Sparte nicht möglich.

Befristet konnte eine Stelle im Rahmen der Vorbereitung der Landesgartenschau 2015 besetzt werden. Zusätzlich wurden vier Kräfte, gefördert vom Job-Center, eingestellt. Im Rahmen einer Qualifizierungsmaßnahme für langjährige Arbeitslose konnten verbilligte Arbeitskräfte zur Pflege der Grünanlagen der Stadt zur Verfügung gestellt werden. Die Maßnahme ist zum Januar 2014 ausgelaufen.

Sparte Straßenunterhalt

Die Sparte ist für den baulichen Unterhalt der öffentlichen Straßen, Wege und Plätze, Beschilderung und Markierung im Auftrag des Stadtbauamtes tätig. Hier sind die meisten Fahrzeuge und Geräte im Einsatz. Auch hier wünschen die Auftraggeber eine höhere Leistungsfähigkeit der Sparte. Dies kann nur mit einer Aufstockung von Mitarbeiter erreicht werden. Befristet konnten in Vorbereitung zur Landesgartenschau zwei Stellen eingerichtet werden. Die städtischen Fachdienststellen müssen sich darüber hinaus über Fremdvergaben behelfen.

Der Straßenunterhalt stellt das Rückgrat des Winterdienstes dar. Während für den Winter 2012/2013 ein hoher Personal- und Materialeinsatz notwendig war, fiel der Winter 2013/2014 deutlich milder aus.

Sparte Stadtteilservice

In dieser Sparte sind Mitarbeiter, die den einzelnen Ortsteilen direkt zugeordnet werden. Problematisch ist die Auftraggeber-Situation. Die meisten Aufträge werden über die Ortsvorsteher erteilt, in Rechnung gestellt werden die Leistungen aber unterschiedlichen Fachämtern. Hier kommt es immer wieder zu Meinungsverschiedenheiten, die einer Klärung bedürfen. Die Bandbreite der Leistungserbringung ist groß. Die wichtigsten Aufgaben sind die Grünflächenpflege vor Ort, Hausmeistertätigkeiten und Reinigungstätigkeiten. Die Anforderungen an die Mitarbeiter steigen. Es können nicht alle gewünschten Leistungen erbracht werden.

Durch den verhältnismäßigen milden Winter konnte der Winterdienst durch die Mitarbeiter in einem vertretbaren Zeitrahmen abgearbeitet werden.

Stellenplan und Krankheitsquoten

Im Jahr 2012 waren 49 Stellen im Stellenplan des Bauhofes aufgeführt. Innerhalb einer Vorruhestandsregelung schied ein Gärtner aus, so dass für das Jahr 2013 noch 48 Stellen vorgehalten werden. Dies entspricht den Vorgaben bezüglich der Besetzung des Bauhofes aus dem Jahr 2005. Es gibt zwar immer wieder Wünsche zur Personalaufstockung aus Fachbereichen an den EWL, jedoch liegen bisher keine schriftlichen Anträge zur Personalmehrung vor. Die Krankheitsquote im gesamten Bauhof lag im Jahr 2013 bei 8,2 % und damit deutlich unter dem Wert aus 2012 von 11,2 %.

II.4.3. Prognosebericht, Chancen und Risiken

Für alle Aufgabenbereiche des Bauhofes muss auf Grund der personellen Vorgaben die Auftrags erledigung auf wesentliche Kernaufgaben begrenzt werden. Nur in enger Zusammenarbeit und konkreter Leistungsdefinition mit den Auftraggebern ist dauerhaft eine zufriedenstellende Arbeitssituation herzustellen.

Die Einführung von Mindestlöhnen auf Bundesebene wird das Auseinanderklaffen der Löhne von privaten Unternehmen gegenüber dem TVöD insbesondere in den Bereichen Grünpflege und Stadtreinigung nicht verhindern. Nur im Bereich des Straßenunterhaltes können wir die Leistungen zu ähnlichen Konditionen anbieten. Somit muss der Bauhof sich auf Kernbereiche konzentrieren und in diesen seine Stärken ausbauen. Ein wesentlicher Vorteil ist die schnelle und unkomplizierte Verfügbarkeit in dringenden Fällen.

Die Transparenz der Leistungserbringung zu erhöhen, wird ein weiterer Schwerpunkt sein müssen. Durch entsprechende Angebote an die Auftraggeber über das EWL-eigene Auftragsprogramm einfach und komfortabel Abfragen über Erledigung und Budgetstand zu erhalten, soll das Vertrauen und die Kundenbindung verstärkt werden.

Die begonnene Umstellung des Fuhrparkes mit Multifunktionsfahrzeugen wird weitergeführt. Hierdurch können die Fahrzeuge schnell, ohne langwierige Umrüstungen, für andere Einsatzzwecke genutzt werden.

Spartenübergreifende Teamarbeit, unter Ausnutzung der maschinellen Ausrüstung des Bauhofes, sollen künftig die Produktivität der Auftrags erledigung erhöhen.

Inzwischen sind drei Mitarbeiter erkrankt oder haben körperliche Beeinträchtigung, die zu Leistungsminderungen führen. Kurz- bis mittelfristig ist zu erwarten, dass die Leistungsminderung sich verstärkt. Ersatzarbeitsplätze können nicht angeboten werden, auch auf Grund fehlender Qualifikation. Bedingt durch das öffentliche Dienstrecht ist eine krankenbedingte Kündigung sehr schwierig. Dies führt zu einer finanziellen Belastung, die eine Erhöhung der Stundenverrechnungssätze zur Folge haben wird.

II.4.4. Lage

a) Ertragslage

Die Umsatzerlöse haben sich im Berichtsjahr 2013 um 60 T€ erhöht. Der Materialaufwand hat sich dem entsprechend um 44 T€ erhöht. Die sonstigen betrieblichen Erträge haben sich insbesondere durch Erstattungsansprüche für Personalkosten um rd. 100 T€ im Berichtsjahr erhöht.

Die Personalkosten sind im Vergleich zum Vorjahr um 215 T€ höher. Wesentlicher Grund ist die zeitlich befristete zusätzliche Beschäftigung von mehreren Mitarbeitern im Berichtsjahr. Die Abschreibungen haben sich im Berichtsjahr um 27 T€ erhöht, welches auf einem größeren Investitionsvolumen beruht.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 104 T€ verringert.

b) Finanzlage

Die Finanzlage ist als stabil zu bezeichnen. Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Forderungen innerhalb der Fälligkeiten zu vereinnahmen und Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen.

Die Kapitalstruktur hat sich weiter verbessert. Grund ist die Zuführung der Ergebnisse in die in die Allgemeine Rücklage.

Langfristige Anlagen sind durch langfristiges Fremdkapital gedeckt. Die kurzfristigen Forderungen und die Bankbestände übersteigen die kurzfristigen Verbindlichkeiten.

Die Liquiditätslage hat sich im Berichtsjahr verringert.

c) Vermögenslage

Die Vermögenslage des Betriebszweiges hat sich gegenüber dem Vorjahr verbessert.

II.4.5. Finanzielle Leistungsindikatoren

Vergleiche hierzu die Ausführungen im Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichtes zum 31.12.2013.

II.5. Betriebszweig Projektentwicklung Landesgartenschau

Mit dem Zuschlag des Landes Rheinland-Pfalz an die Stadt Landau im Jahr 2014 die Landesgartenschau auszurichten, wurde zum 01.07.2010 der Betriebszweig Projektentwicklung Landesgartenschau gegründet. Wesentliche Aufgabe ist die planerische Vorbereitung und Umgestaltung des Umfeldes der Landesgartenschau.

Geführt wird der Betriebszweig durch die Projektabteilung. 2013 wurde die Abteilung in „Projektabteilung“ umbenannt.

II.5.1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Landesgartenschau wurde auf Grund von Bombenfunden in das Jahr 2015 verschoben. Parallel erhielt die Projektabteilung den Auftrag, die notwendige Kampfmittelräumung vorzubereiten und zu begleiten.

Neben der Projektsteuerung für die vorgenannten Projekte wurde auch ein Gebäude umgebaut und dient der Landesgartenschau gGmbH als Geschäftsstelle. Das Gebäude soll nicht im Eigentum des EWL verbleiben, sondern spätestens nach der Landesgartenschau veräußert werden. Nach Problemen in Folge von Geländehebungen im Umfeld des nahe liegenden Geothermie-Kraftwerks hat sich die Situation auf dem Immobilienmarkt in Landau für einen Verkauf wieder verbessert.

II.5.2. Geschäftsverlauf

Die Stellenentwicklung folgte der Aufgabenentwicklung. Von ehemals 4,75 Stellen sind 2,5 Stellen übrig geblieben.

Baumaßnahmen

Folgende Projekte wurden 2013 betreut:

- Neubau „Brücke Ost“ über die Bahngleise
- Neubau „Brücke Süd“, in Verbindung mit dem Abbruch der bestehenden Sandstein-Brücke
- Herstellung des ersten Erschließungsabschnittes des „Wohnparks Am Ebenberg“
- Anbindung der Südstadt bzw. „Wohnparks Am Ebenberg“ unmittelbar an die Queichheimer Brücke über die Paul-von-Denis-Straße
- Der Bau der Park- & Ride-Anlage östlich des Hauptbahnhofes
- Sanierung und Herstellung des Verbindungsweg vom Hauptbahnhof zur „Brücke Ost“
- Herstellung Bahnhofsteilpunkt Landau Süd
- Kampfmittelräumung auf Teilflächen des „Wohnparks Am Ebenberg“

Folgende Projekte wurden 2014 zusätzlich übernommen:

- Zweiter Erschließungsabschnitt im „Wohnpark Am Ebenberg“
- Betreuung der Erstellung einer Kampfmittelbelastungskarte für das gesamte Stadtgebiet Landaus
- Austausch einer Schlammzentrifuge auf der Kläranlage
- Neubau eines Wertstoffhofes

II.5.3. Prognosebericht, Chancen und Risiken

Die vorgesehene Auflösung des Betriebszweiges zum Ende des Jahres 2014 kann nicht erfolgen. Durch die Verschiebung der Landesgartenschau muss das Gebäude länger im Eigentum gehalten werden. Es werden Gespräche mit Interessenten geführt so dass erwartet wird, dass spätestens 2015 das Gebäude verkauft wird.

Im Jahr der Landesgartenschau wird das Gebäude vollständig vermietet sein.

Mit Ablauf des Jahres 2014 wird allerdings die Projektabteilung aufgelöst. Bis auf den Neubau des Wertstoffhofes werden die Projekte abgeschlossen sein.

II.5.4. Lage

a) Ertragslage

Die Erträge haben sich im Berichtsjahr 2013 gegenüber dem Vorjahr um 72 T€ verringert. Dies beruht auf der Reduzierung der Kostenerstattung für Personalkosten seitens des Einrichtungsträgers. Die Personalkosten sind durch die Reduzierung der Beschäftigtenzahl im Vergleich zum Vorjahr um 70 T€ geringer.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit hat sich gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig verändert.

b) Finanzlage

Die Finanzlage ist als stabil zu bezeichnen. Das Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Forderungen innerhalb der Fälligkeiten zu vereinnahmen und Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen.

Langfristige Anlagen sind durch langfristiges Fremdkapital gedeckt. Die kurzfristigen Forderungen und die Bankbestände übersteigen die kurzfristigen Verbindlichkeiten.

Die Liquiditätslage hat sich im Berichtsjahr verringert.

c) Vermögenslage

Die Vermögenslage des Betriebszweiges hat sich gegenüber dem Vorjahr verschlechtert.

II.5.5. Finanzielle Leistungsindikatoren

Vergleiche hierzu die Ausführungen im Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und Lageberichtes zum 31.12.2013.

III. Nachtragsbericht

Es liegen keine neuen Erkenntnisse vor.

IV. Allgemeiner Prognosebericht, Chancen und Risikobericht

Allgemein für den Bestand einer Anstalt des öffentlichen Rechts ist die Umsetzung der Mehrwertsteuersystemrichtlinie in die deutsche Steuergesetzgebung von großer Bedeutung. Die Finanzbehörden der Länder beraten schon über 2 Jahre, wie die Richtlinie im Hinblick auf öffentliche Betriebe und interkommunale Zusammenarbeit umgesetzt werden kann. Es gibt lediglich verlässliche Informationen über die Einräumung einer Übergangsfrist bis 2018.

Die Tarifstruktur des öffentlichen Dienstes stellt ein Risiko dar. Es wird immer schwieriger, hoch qualifizierte Beschäftigte im Ingenieur- und Technikbereich einzustellen. Demgegenüber ist das Lohnniveau des TVöD für einfache Tätigkeiten im gewerblichen Bereich hoch und gefährdet die Wirtschaftlichkeit gegenüber privaten Unternehmen.

Die wesentlichen Risiken für die Gebührenhaushalte sind, getrennt nach Betriebszweige:

- Betriebszweig Abwasserbeseitigung
 - Klärschlamm Entsorgung. Durch das Auslaufen der Klärschlammverordnung wird die Düngemittelverordnung voll auch für Klärschlämme Gültigkeit haben. Die Bundes- und Landesregierung will zudem die Monoverbrennung für Klärschlamm verbindlich einführen und die Rückgewinnung der im Klärschlamm gebundenen Phosphate vorschreiben. So lange die Rückgewinnung nicht wirtschaftlich durchführbar ist, soll der Klärschlamm auf Monodeponien zwischengelagert werden. Dies wird die Kosten der Klärschlammverwertung deutlich erhöhen.
 - Interkommunale Zusammenarbeit. Dies eine große Chance die Abwasserbeseitigung als hoheitliche Aufgabe wirtschaftlicher erbringen zu können.

- Betriebszweig Abfallentsorgung
 - Der Betrieb des Müllheizkraftwerkes (MHKW) Pirmasens stellt hier ein erhebliches Risiko für den Gebührenzahler und die Stadt Landau als Einrichtungsträger dar. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des MHKW sind ungünstig, wie unter II.2.3. erläutert.

- Betriebszweig Straßenreinigung
Es liegen keine wesentlichen Risiken vor. Der Bereich ist von großer Bedeutung für die Entwicklung der Stadt als Einkaufszentrum der Südpfalz und muss unter Hinblick einer stärkeren Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt und ihrem Quartier weiter entwickelt werden.
- Betriebszweig Bauhof
Die Entwicklung der Lohnschere zwischen Unternehmen der freien Wirtschaft und dem öffentlichen Dienst ist ein wirtschaftliches Risiko. Die Stundenverrechnungssätze für einfache Tätigkeiten liegen deutlich über den Angeboten der freien Wirtschaft. Durch entsprechenden Service, wie schnellere Verfügbarkeit und transparente Abrechnung muss dieser Nachteil ausgeglichen werden.

V. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Soweit als möglich werden öffentliche Förderprogramme oder zinsgünstige Darlehen zur Finanzierung der hoheitlichen Aufgaben eingesetzt. Aufgrund der geringen Entgeltbelastung im Bereich der Abwasserentsorgung können keine Fördermittel beantragt werden.

Über die üblichen Darlehen hinaus wurden keine weiteren Finanzinstrumente verwendet.

VI. Bericht über Zweigniederlassungen

Außerhalb des Gebietes der kreisfreien Stadt Landau hat der EWL keine Niederlassungen.

Aufgestellt:

Landau in der Pfalz, 18. Juni 2014

Bernhard Eck
Vorstand

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Anstalt. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht der Anstalt abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Anstalt sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands der Anstalt sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Anstalt. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Koblenz, 20. Juni 2014

DORNBACH GMBH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Bokelmann
Wirtschaftsprüfer

Schmidt
Wirtschaftsprüfer

**Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau,
Anstalt des öffentlichen Rechts**

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten

des Jahresabschlusses zum

31. Dezember 2013

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten

des Jahresabschlusses zum

31. Dezember 2013

des

Betriebszweiges Abwasserbeseitigung

a) Erläuterungen zur Bilanz

Aktivseite

A. Anlagevermögen

I. Immaterielle Vermögensgegenstände	€	<u>124.672,49</u>
(31.12.2012	€	145.654,21)

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen handelt es sich um EDV-Software i.H.v. von T€ 121 und Baukostenzuschüsse i.H.v. T€ 4. Der Bestand verminderte sich um die AfA i. H. v. T€ 21.

II. Sachanlagen	€	<u>66.522.768,86</u>
(31.12.2012	€	66.176.451,98)

Zusammensetzung:

	31.12.2013	31.12.2012
	€	€
übrige Sachanlagen	65.998.852,67	65.350.239,44
Anlagen im Bau	523.916,19	826.212,54
Insgesamt	66.522.768,86	66.176.451,98

Aktivierungsgrundsätze

Fremdlieferungen und -leistungen wurden mit den Rechnungsbeträgen einschließlich Nebenkosten und Umsatzsteuer und abzüglich Skonto und Rabatte aktiviert. Die Entsorgungswerke haben Gehälter von insgesamt T€ 84 aktiviert (siehe GuV-Position "Andere aktivierte Eigenleistungen"). Größere Aufträge wurden öffentlich ausgeschrieben, wobei entsprechend der Beschlüsse der Ratsgremien und des Verwaltungsrates die preisgünstigsten Bieter den Zuschlag erhielten.

Die Sachanlagen entwickelten sich im Berichtsjahr wie folgt:

	T€
Anfangsbestand 1. Januar 2013	66.176
Investitionen	3.124
Abgang (netto)	-
Abschreibungen	- 2.778
Endstand 31. Dezember 2013	66.522

Die Zusammensetzung des Anlagevermögens im Einzelnen zeigt der dem Anhang beigefügte Anlagennachweis.

Im Einzelnen stellen sich die geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau wie folgt dar:

	€
Erneuerung E-Technik Kläranlage	219.026,04
Kanalbaumaßnahmen Gewerbegebiet Landau-Süd	92.596,43
Schlammmentwässerung Kläranlage	53.000,00
Kanalerneuerung Böchinger Straße	46.513,32
Kanalerneuerung Godramstein (Ost)	24.380,03
Überschussschlammeindickung Kläranlage	23.869,71
Kanalerneuerung St.-Georg-Straße	19.202,18
Kanalsanierung Horstgebiet	18.344,71
Kanalbaumaßnahmen D10	13.398,39
Tauchwände RÜB	10.210,20
Kanalerneuerung Horstgebiet	2.370,24
Kanalerneuerung Schneiderstraße	1.004,94
Insgesamt	523.916,19

III. Finanzanlagen

Sonstige Ausleihungen	€	<u>727.915,03</u>
(31.12.2012	€	1.039.324,69)

Es handelt sich um die Gewährung eines Darlehens an den Einrichtungsträger im Rahmen der Erschließungsmaßnahme Gewerbegebiet "Am Messengelände/Birnbach, Bebauungsplan D9". Grundlage ist die am 8. Januar 2004 in der Fassung vom 27. Mai 2010 abgeschlossene Darlehensvereinbarung. Das Darlehen wird vierteljährlich verzinst. Die Verminderung resultiert aus der Tilgung in Höhe von T€ 311 im Berichtsjahr. Die Ausleihung wird zu marktüblichen Konditionen verzinst.

B. Umlaufvermögen

I. Vorräte	€ <u>16.958,28</u>
(31.12.2012 €	21.383,23)

Die Position enthält im Wesentlichen den Bestand an Eisen-III-Chloridsulfatlösung, Polymere, Kreide, Gasmotorenöl, Mehrbereichsöl und Diesel. Die Bestände wurden zum Bilanzstichtag durch eine körperliche Bestandsaufnahme ermittelt.

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	€ <u>4.773.357,57</u>
(31.12.2012 €	5.068.508,99)

Zusammensetzung:

	31.12.2013	31.12.2012
	€	€
GebührenSW/NW/WG, Baukostenzuschüsse und dgl.	574.280,84	708.604,78
Sonstige Forderungen (KAB u.a.)	255.288,93	270.555,53
Berechnete Forderungen und Forderungen auf noch nicht abgerechneten Verbrauch	3.967.187,80	4.175.197,68
	<u>4.796.757,57</u>	<u>5.154.357,99</u>
Wertberichtigungen	-23.400,00	-85.849,00
Insgesamt	<u>4.773.357,57</u>	<u>5.068.508,99</u>

2. Forderungen an den Betriebszweig Abfallentsorgung	€ <u>178.763,70</u>
(31.12.2012 €	188.929,68)

Die Forderungen betreffen im Wesentlichen die Weiterbelastung anteiliger Verwaltungskosten und Abschreibungen.

3. Forderungen an den Betriebszweig Straßenreinigung	€ <u>28.346,68</u>
(31.12.2012 €	28.197,96)

Die Forderungen betreffen im Wesentlichen die Weiterbelastung anteiliger Verwaltungskosten und Abschreibungen.

4. Forderungen an den Betriebszweig Bauhof	€ <u>127.988,62</u>
(31.12.2012 €	65.709,46)

Die Forderungen betreffen im Wesentlichen die Weiterbelastung anteiliger Verwaltungskosten.

5. Forderungen an den Betriebszweig Projektentwicklung Landesgartenschau	€ <u>78.028,13</u>
(31.12.2012 €	74.560,72)

Die Forderungen betreffen im Wesentlichen die Abrechnung für die kaufmännische Verwaltung und Betriebsführung sowie die Weiterbelastung anteiliger Verwaltungskosten.

6. Forderungen an die Gemeinde	€ <u>2.498.946,75</u>
(31.12.2012 €	2.040.555,74)

Entwicklung:

	31.12.2013	31.12.2012
	€	€
Saldo aus laufender Kassenführung	771.835,62	590.659,22
Forderungen Pensions-/Beihilfeansprüche Beamte	813.677,00	769.819,00
Sonstiges	913.434,13	660.077,52
Insgesamt	2.498.946,75	2.040.555,74

7. Forderungen an Gebietskörperschaften	€ <u>0,00</u>
(31.12.2012 €	612.974,00)

8. Sonstige Vermögensgegenstände	€ <u>48.000,00</u>
(31.12.2012)	€ 38.416,57)

Es handelt sich hierbei um um Kostenerstattungen.

II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	€ <u>195.137,06</u>
(31.12.2012)	€ 79.401,86)

Zusammensetzung:

	31.12.2013	31.12.2012
	€	€
Barkasse	1.134,96	1.793,54
VR-Bank, Landau	194.002,10	77.608,32
Insgesamt	195.137,06	79.401,86

Der ausgewiesene Bestand der Barkasse ist durch einen Kassenbericht zum Bilanzstichtag nachgewiesen. Der ausgewiesene Bankbestand zum 31.12.2013 (anteilig) ist durch eine Saldenbestätigung der VR-Bank, Landau, nachgewiesen.

C. Rechnungsabgrenzungsposten	€	<u>4.236,80</u>
	(31.12.2012 €	4.850,51)

Bei den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten handelt es sich um Ablöseverträge mit der Deutschen Bahn und die Gestattung von Leitungsrechten.

Passivseite**A. Eigenkapital**

I. Stammkapital	€	<u>15.400.000,00</u>
(31.12.2012	€	15.400.000,00)

Der Ausweis entspricht dem in der Anstaltssatzung festgesetzten Stammkapital.

II. Rücklagen

1. Zweckgebundene Rücklagen (Zuwendungen und Zuschüsse)	€	<u>14.555.360,86</u>
(31.12.2012	€	14.555.360,86)

2. Allgemeine Rücklage	€	<u>22.201.648,13</u>
(31.12.2012	€	21.175.074,98)

Aufgrund des Beschlusses des Stadtrates vom 12. November 2013 wurde der Jahresgewinn 2012 in Höhe von € 1.026.573,15 den Rücklagen zugeführt.

III. Jahresergebnis	€	<u>550.200,02</u>
(31.12.2012	€	1.026.573,15)

B. Empfangene Ertragszuschüsse	€	<u>17.128.871,85</u>
	(31.12.2012 €	17.496.463,63)

Ertragszuschüsse werden entsprechend der Satzung über die Erhebung von Abgaben für die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abgabensatzung Abwasserbeseitigung) erhoben. Von den Ursprungsbeträgen werden entsprechend § 24 Abs. 3 EigAnVO Rhld-Pf jährlich 3 % über den GuV-Posten "Umsatzerlöse" aufgelöst.

Die Zusammensetzung im Einzelnen zeigt die Anlage 6 zu diesen Erläuterungen.

C. Rückstellungen	€ <u>1.678.239,67</u>
	(31.12.2012 € 1.992.928,07)
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	€ <u>1.529.104,00</u>
	(31.12.2012 € 1.461.025,00)

Ausweis nach Ermittlung durch die Pfälzische Pensionsanstalt. Gemäß den bestehenden Versorgungsverpflichtungen gegenüber Beamten waren am Bilanzstichtag an insgesamt fünf Personen Zusagen erteilt.

2. Sonstige Rückstellungen	€ <u>149.135,67</u>
	(31.12.2012 € 531.903,07)

Die sonstigen Rückstellungen entwickelten sich wie folgt:

	Stand am 1.1.2013	Inanspruch- nahme	Auflösung	Zuführung	Veränderung der Abzinsung	Stand am 31.12.2013
	€	€	€	€	€	€
Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten	24.203,67	0,00	0,00	0,00	0,00	24.203,67
Jahresabschlussprüfung	9.000,00	8.324,77	675,23	10.000,00	0,00	10.000,00
Interne Abschlusskosten	2.900,00	2.900,00	0,00	3.400,00	0,00	3.400,00
Urlaubsansprüche	1.627,40	1.627,40	0,00	2.947,00	0,00	2.947,00
Altersteilzeit	65.172,00	3.913,80	0,00	15.701,86	2.624,94	79.585,00
Abwasserabgabe	414.000,00	414.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Klärschlammbeseitigung	15.000,00	15.000,00	0,00	29.000,00	0,00	29.000,00
Insgesamt	531.903,07	445.765,97	675,23	61.048,86	2.624,94	149.135,67

Prüfungskosten

Die Rückstellung betrifft die Prüfungskosten für das Jahr 2013 und andere damit in Zusammenhang stehende Arbeiten, wie Gebührennachkalkulation und Abrechnung der Einleiterentgelte der Umlandgemeinden.

Klärschlambeseitigung

Aufgrund einer eigenständigen Berechnung des Betriebszweiges Abwasserbeseitigung wurde für das Jahr 2013 die Rückstellung für die Vergütung der Verwertung der Klärschlammmenge gebildet.

D. Verbindlichkeiten**1. Förderdarlehen**

	€	<u>277.907,08</u>
(31.12.2012	€	309.399,88)

Die Darlehen sind durch Bewilligungsbescheide belegt. Getilgt wurde planmäßig entsprechend der vereinbarten Konditionen.

2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

	€	<u>68.049,80</u>
(31.12.2012	€	101.135,50)

Die Darlehen sind durch Schuldurkunden belegt. Getilgt wurde planmäßig entsprechend der vereinbarten Konditionen.

3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

	€	<u>963.944,25</u>
(31.12.2012	€	655.698,15)

Die Verbindlichkeiten resultieren aus dem laufenden Liefer- und Leistungsverkehr.

4. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Abfallentsorgung

	€	<u>261.324,43</u>
(31.12.2012	€	209.532,46)

Die Verbindlichkeiten betreffen die anteiligen Kosten für die kaufmännische Verwaltung, EDV-Kosten, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und Abschreibungen.

5. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Straßenreinigung

	€	<u>82.140,33</u>
(31.12.2012	€	22.561,01)

Die Verbindlichkeiten betreffen anteilige kaufmännische Kosten sowie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

6. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Bauhof	€	<u>57.271,32</u>
(31.12.2012	€	19.516,30)

Die Verbindlichkeiten betreffen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und die Überzahlung der VKE 2011.

7. Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde	€	<u>146.120,45</u>
(31.12.2012	€	499.088,86)

Die Verbindlichkeiten beruhen auf den Versorgungsverpflichtungen für Beamte sowie aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

9. Sonstige Verbindlichkeiten	€	<u>1.954.041,78</u>
(31.12.2012	€	2.121.586,76)

Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um die im Berichtsjahr zeitanteiligen Anzahlungen von Bezirken, die im Rahmen des Abrechnungsverfahrens erst im Folgejahr endabgerechnet werden.

b) Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Umsatzerlöse	€	<u>6.311.348,96</u>
	(2012 €	7.131.941,68)

Die Umsatzerlöse setzen sich wie folgt zusammen:

	2013	2012
	€	€
Schmutzwassergebühren	2.756.047,63	2.907.776,52
Niederschlagswassergebühren	1.748.495,68	1.804.931,69
Zusatzgebühr Weinbau	25.131,52	25.888,00
Auflösung empfangener Ertragszuschüsse	1.068.221,55	1.057.832,29
Erträge aus der Straßenoberflächenentwässerung	330.000,00	581.797,00
Kostenanteil der Verbandsgemeinden	344.000,00	392.000,00
Sonstige	39.452,58	361.716,18
Insgesamt	6.311.348,96	7.131.941,68

Schmutzwassergebühren

Nach § 1 Abs. 1 der Abwassersatzung vom 07. Mai 2009, geändert durch Satzung vom 24. August 2012 obliegt dem Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau das Sammeln, Ableiten und Behandeln des Abwassers in Abwasseranlagen. Die Schmutzwassergebühr beträgt seit 01.01.2012 € 1,23/m³.

Zusammensetzung:	EUR
Schmutzwassergebühren 2013	1.596.126,63
Schmutzwassergebühren 2012	<u>1.159.921,00</u>
	2.756.047,63

Ermittlung Schmutzwassergebühren 2013:

	EUR	m ³
Schmutzwassergebühren 2013/2012	2.785.247,63	2.264.429
./. Schmutzwassergebühren-Abgrenzung 2012	<u>1.159.921,00</u>	<u>943.025</u>
= Zwischensumme	1.625.326,63	1.321.404
+ Verbrauchsabgrenzung 2013	<u>1.130.721,00</u>	<u>919.285</u>
	2.756.047,63	2.240.689

Niederschlagswassergebühren

Ebenfalls nach der Abgabensatzung Abwasserbeseitigung mit Wirkung zum 1. Januar 1996 wurde für die Kosten der Niederschlagswasserbeseitigung als Entgelt eine Niederschlagswassergebühr erhoben. Die Niederschlagswassergebühr beträgt seit 01.01.2012 € 0,40/qm Grundstücksfläche.

Zusatzgebühr Weinbau

Es handelt sich um die tatsächliche Abrechnung für das Jahr 2013.

Auflösung empfangener Ertragszuschüsse

Entsprechend § 24 Abs. 3 EigAnVO Rhld-Pf wurden 3 % der Ursprungsbeträge der Ertragszuschüsse aufgelöst.

Erträge aus der Straßenoberflächenentwässerung

Die hier aufgeführten Erträge stellen ein Vorauszahlungsentgelt dar.

Kostenanteil der Verbandsgemeinden

Es handelt sich hier um ein Vorauszahlungsentgelt für 2013.

2. Aktivierte Eigenleistungen	€	<u>84.072,06</u>
	(2012 €	123.794,11)

Es handelt sich um aktivierte Planungs- und Baubetreuungskosten von Personal der EWL.

3. Sonstige betriebliche Erträge	€	442.460,95
	(2012 €	357.476,59)

Zusammensetzung:

	2013	2012
	€	€
Weiterberechnete Personalkosten	168.583,68	170.805,41
Kfz-Kosten	2.635,88	2.865,93
Erträge Dienstwohnungen	12.139,77	11.737,57
Erträge Miete Freifläche auf Kläranlage	7.051,00	0,00
Versicherungsleistungen	14.000,00	55.706,80
Erträge Aufl. Wertberichtigungen Forderungen	62.449,00	0,00
Erträge Aufl. Rückstellungen	675,23	1.466,03
Veränder. Ford. Pensions-/Beihilferückstellung	43.858,00	0,00
Erträge Einspeisung Strom BHKW Kläranlage	45.753,77	63.977,79
Erträge aus der Abwasserabgabe Vorjahre	34.107,87	0,00
Sonstige Erträge/Weiterbelastungen	51.206,75	50.917,06
Insgesamt	442.460,95	357.476,59

4. Materialaufwand	€	1.332.051,20
	(2012 €	1.909.764,46)

Zusammensetzung:

	2013	2012
	€	€
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		
Strom, Gas, Wasser, Öl, Hilfs- und Betriebsstoffe	263.183,61	492.376,33
Kfz-Kosten	11.445,12	13.407,95
Sonstiges	146.840,93	125.892,66
	421.469,66	631.676,94
Aufwendungen für bezogene Leistungen		
Unterhaltung Kläranlagen, Verbindungssammler, Pumpwerke, Ortssammler und Regenbauwerke	759.261,42	855.607,52
Erstellung einer digitalen Stadtgrundkarte	0,00	8.480,00
Abwasserabgabe	151.320,12	414.000,00
	910.581,54	1.278.087,52
Insgesamt	1.332.051,20	1.909.764,46

Die Verminderung der Aufwendungen in Höhe von T€ 578 beruht im Wesentlichen auf den niedrigeren Aufwendungen für die Abwasserabgabe mit T€ 263, dem Unterhalt Kanalnetz mit T€ 199 und den niedrigeren Aufwendungen für den Strom- und Gasbezug mit T€ 142.

5. Personalaufwand		€ <u>1.445.413,76</u>	
	(2012 €		1.354.359,76)
a) Löhne und Gehälter		€ <u>1.118.192,20</u>	
	(2012 €		1.054.291,99)
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		€ <u>327.221,56</u>	
	(2012 €		300,067,77)

Es entfallen auf:

	2013	2012
	€	€
Arbeitgeberanteil Sozialversicherung	173.940,06	186.089,88
Berufsgenossenschaft	3.466,94	3.927,53
Altersversorgung ZVK	115.214,86	124.542,45
Unterstützung/Beihilfe	347,70	402,91
Veränderung Pensions-/Beihilferückstellungen	34.252,00	-14.895,00
Insgesamt	327.221,56	300.067,77

Der Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau AöR ist Mitglied der Zusatzversorgungskasse der Bayerischen Gemeinden, München. Es besteht ein privatrechtliches Versicherungsverhältnis zwischen Arbeitgeber und der Kasse mit der Aufgabe, den Arbeitnehmern der Kassenmitglieder eine zusätzliche Alters-, Berufs-, Erwerbsunfähigkeits- und Hinterbliebenenversorgung zu gewährleisten. Der Umlagesatz betrug im Berichtsjahr 3,75 %, zusätzlich wurde ein Sanierungszugschlag von 4,00 % erhoben.

6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		€ <u>2.798.625,14</u>	
	(2012 €		2.642.450,16)

Die Zusammensetzung der Abschreibungen im Einzelnen zeigt der dem Anhang beigefügte Anlagennachweis.

7. Sonstige betriebliche Aufwendungen

€ 718.928,90
(2012 € 696.127,33)

Aufgliederung:

	2013	2012
	€	€
Unterhalt Grundstücke und Gebäude	116.117,35	29.318,95
VKE Stadt	123.761,74	132.440,51
Kosten der Wasserzählerablesung	60.329,21	55.552,47
Miete und Nebenkosten	78.800,90	78.459,16
Beihilfeversicherung	20.570,92	18.490,64
Sonstige Aufwendungen aus Weiterbelastungen	30.127,82	41.597,33
Telefongebühren	7.977,58	4.161,94
Versicherungen	50.763,12	53.230,61
EDV-Kosten	91.480,08	76.042,22
Prüfungs- und Beratungskosten	16.860,91	47.322,46
Aus- und Fortbildungskosten	10.646,66	11.495,29
Veränderung Ford.Pension-/Beihilferückstellung	0,00	29.933,00
Sonstige Aufwendungen	111.492,61	118.082,75
Insgesamt	718.928,90	696.127,33

Die mit insgesamt T€ 23 höheren Aufwendungen resultieren im Wesentlichen aus dem höheren Unterhaltsaufwand für Gebäude mit T€ 87 und den niedrigeren Prüfungs- und Beratungskosten mit T€ 30.

8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

€ 19.155,35
(2012 € 28.848,62)

Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um die Verzinsung der Kassenguthaben durch die Stadtkasse und die Verzinsung des Darlehens "Kanalanschlussbeiträge Erschließungsmaßnahme Bebauungsplan D9" (vergl. Position "Sonstige Ausleihungen").

9. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	€ <u>10.093,18</u>
	(2012 € 11.020,02)

Zusammensetzung:

	2013	2012
	€	€
Veränderung der Abzinsung ATZ-Rückstellung	2.624,94	2.164,54
Veränderung der Abzinsung Sonstige Rückstellungen	0,00	0,00
Darlehenszinsen u.a,	4.709,82	7.317,99
Bereitstellungszinsen	1.415,42	0,00
Sonstige Zinsen	1.343,00	1.537,49
Insgesamt	10.093,18	11.020,02

10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	€ <u>551.925,14</u>
	(2012 € 1.028.339,27)

11. Sonstige Steuern	€ <u>1.725,12</u>
	(2012 € 1.766,12)

Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um Kfz-Steuer.

12. Jahresergebnis	€ <u>550.200,02</u>
	(2012 € 1.026.573,15)

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten

des Jahresabschlusses zum

31. Dezember 2013

des

Betriebszweiges Abfallentsorgung

a) Erläuterungen zur Bilanz

Aktivseite

A. Anlagevermögen

I. Immaterielle Vermögensgegenstände	€ <u>73.314,23</u>
(31.12.2012	€ 64.760,54)

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen handelt es sich um EDV-Software.

Entwicklung:

	€
Anfangsbestand 1. Januar 2013	64.760,54
Investitionen	27.975,21
Abgänge (zu Restbuchwerten)	-4.425,29
Abschreibungen	-14.996,23
Endstand 31. Dezember 2013	73.314,23

II. Sachanlagen

1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	€ <u>2.314.200,97</u>
(31.12.2012	€ 2.443.926,75)

Entwicklung:

	€
Anfangsbestand 1. Januar 2013	2.443.926,75
Investitionen	0,00
Abgänge (zu Restbuchwerten)	0,00
Abschreibungen	-129.725,78
Endstand 31. Dezember 2013	2.314.200,97

2. Betriebseinrichtung der Abfallverarbeitungsanlagen	€	<u>0,00</u>
(31.12.2012	€	0,00)

3. Einbringungsanlagen der Abfallverarbeitungsanlagen	€	<u>509.483,68</u>
(31.12.2012	€	590.267,32)

Entwicklung:

	€
Anfangsbestand 1. Januar 2013	590.267,32
Investitionen	29.684,56
Abgänge (zu Restbuchwerten)	-785,32
Abschreibungen	-109.682,93
Endstand 31. Dezember 2013	509.483,63

Die Investitionen betreffen die Anschaffung von Müllgefäßen verschiedener Größen.

4. Maschinen und maschinelle Anlagen	€	<u>0,00</u>
(31.12.2012	€	0,00)

5. Betriebs- und Geschäftsausstattung	€	<u>153.783,10</u>
(31.12.2012	€	186.086,84)

Entwicklung:

	€
Anfangsbestand 1. Januar 2013	186.086,84
Investitionen	16.843,57
Abgänge (zu Restbuchwerten)	-1.253,92
Abschreibungen	-47.893,39
Endstand 31. Dezember 2013	153.783,10

Die Investitionen betreffen die Anschaffung von EDV Hardware mit T€ 13, Büroeinrichtungen mit T€ 3 und geringwertige Wirtschaftsgüter mit T€ 1.

III. Finanzanlagen

Sonstige Ausleihungen	€	<u>3.588.960,14</u>
	(31.12.2012 €	3.689.698,48)

Die Finanzanlagen betreffen das Darlehen gegenüber dem BZW Bauhof zur Finanzierung des Neubaus mit ursprünglich T€ 3.724.

Entwicklung:

	€
Anfangsbestand 1. Januar 2013	3.533.901,41
Tilgung	-100.738,34
Endstand 31. Dezember 2013	3.433.163,07

Weiterhin ist die Stadt Landau i. d. Pfalz Mitglied beim Zweckverband Abfallverwertung Südwestpfalz (ZAS). Ausgewiesen werden hier die Zahlungen zur Deckung des Vermögensplanes i. H. v. T€ 156.

B. Umlaufvermögen

I. Vorräte	€	<u>22.298,48</u>
(31.12.2012	€	7.151,63)

Die Position enthält im Wesentlichen den Bestand an Papier- und Restmüllsäcken sowie Grünschnittsäcken und Grünschnittmarken. Die Bestände wurden zum Bilanzstichtag durch eine körperliche Bestandsaufnahme ermittelt. Die Vorräte sind mit den letzten Einstandspreisen bewertet.

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	€	<u>1.581.765,70</u>
(31.12.2012	€	1.759.066,23)

Zusammensetzung:

	31.12.2013	31.12.2012
	€	€
Berechnete Forderungen	154.335,73	343.175,95
Forderungen auf noch nicht abgerechneten Verbrauch	1.430.129,97	1.426.790,28
Pauschalwertberichtigung	-2.700,00	-10.900,00
Insgesamt	1.581.765,70	1.759.066,23

2. Forderungen an den Betriebszweig Abwasserbeseitigung	€	<u>261.324,43</u>
(31.12.2012	€	209.532,46)

Die Forderungen betreffen im Wesentlichen die Weiterbelastung anteiliger Verwaltungskosten, Abschreibungen und vereinnahmte Erträge.

3. Forderungen an den Betriebszweig Straßenreinigung	€	<u>24.732,89</u>
(31.12.2012	€	20.647,79)

Die Forderungen betreffen im Wesentlichen die Weiterbelastung anteiliger Verwaltungskosten und Abschreibungen.

4. Forderungen an den Betriebszweig Bauhof	€ <u>1.408,29</u>
(31.12.2012 €	62.194,12)

Die Forderungen betreffen im Wesentlichen die Weiterbelastung anteiliger Verwaltungskosten.

5. Forderungen an den Betriebszweig Projektentwicklung Landesgartenschau	€ <u>0,00</u>
(31.12.2012 €	1.471,36)

6. Forderungen an die Gemeinde	€ <u>5.666.111,74</u>
(31.12.2012 €	5.199.832,28)

Entwicklung:

	31.12.2013	31.12.2012
	€	€
Saldo aus laufender Kassenführung	4.744.114,55	4.453.069,43
Forderungen Pensions-/Beihilfeansprüche Beamte	701.420,00	712.768,00
Forderungen steuerlicher Art (Gewerbsteuer)	5.013,18	16.446,00
Sonstiges	215.564,01	17.548,85
Insgesamt	5.666.111,74	5.199.832,28

7. Sonstige Vermögensgegenstände	€ <u>6.457,48</u>
(31.12.2012 €	19.452,01)

Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um einen Erstattungsanspruch aus zuviel gezahlter Körperschaftsteuervorauszahlung gegenüber dem Finanzamt im Rahmen des Betriebes gewerblicher Art in Höhe von 6 T€.

III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	€	<u>909.624,17</u>
	(31.12.2012 €	770.419,20)

Zusammensetzung:

	31.12.2013	31.12.2012
	€	€
Barkassen	1.686,17	2.760,37
VR-Bank, Landau	907.938,00	767.658,83
Insgesamt	909.624,17	770.419,20

Der ausgewiesene Bestand der Barkassen ist durch einen Kassenbericht zum Bilanzstichtag nachgewiesen. Der ausgewiesene Bankbestand zum 31.12.2013 (anteilig) ist durch eine Saldenbestätigung der VR-Bank, Landau, nachgewiesen.

Passivseite**A. Eigenkapital**

I. Stammkapital	€	<u>52.000,00</u>
(31.12.2012	€	52.000,00)

Der Ausweis entspricht dem in der Anstaltssatzung festgesetzten Stammkapital.

II. Rücklagen

Allgemeine Rücklage	€	<u>10.488.938,90</u>
(31.12.2012	€	9.888.650,31)

Aufgrund des Beschlusses des Stadtrates vom 12. November 2013 wurde der Jahresgewinn 2012 in Höhe von € 600.288,59 den Rücklagen zugeführt.

III. Jahresergebnis	€	<u>239.423,83</u>
(31.12.2012	€	600.288,59)

B. Sonderposten aus Investitionszuschüssen	€	<u>210.217,00</u>
	(31.12.2012 €	229.034,00)

Es handelt sich um eine Landeszuweisung zur anteiligen Finanzierung des Gebäudes in der Friedrich-Ebert-Straße 5 in Landau. Die Auflösung i. H. v. T€ 19 wird über die GuV-Position "Sonstige betriebliche Erträge" ausgewiesen.

C. Rückstellungen		€ <u>1.967.280,81</u>
	(31.12.2012	€ 1.932.437,61)
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		€ <u>1.076.152,00</u>
	(31.12.2012	€ 1.092.113,00)

Gemäß der bestehenden Versorgungsverpflichtungen gegenüber Beamten waren zum Bilanzstichtag fünf Personen Zusagen erteilt worden.

2. Sonstige Rückstellungen		€ <u>891.128,81</u>
	(31.12.2012	€ 840.324,61)

Die sonstigen Rückstellungen entwickelten sich wie folgt:

	Stand am 1.1.2013	Inanspruch- nahme	Auflösung	Zuführung	Veränderung der Abzinsung	Stand am 31.12.2013
	€	€	€	€	€	€
Ungewisse Verbindlichkeiten	0,00	0,00	0,00	140.000,00	0,00	140.000,00
Sanierung und Nachsorge Deponie "Am Roten Weg"	574.657,00	19.363,00	6.020,00	0,00	-60.989,00	488.285,00
Ehem. Deponie Arzheim	207.042,00	24.540,18	0,00	28.345,18	-14.121,00	196.726,00
Jahresabschlussprüfung	8.000,00	5.153,43	2.846,57	10.000,00	0,00	10.000,00
Interne Abschlusskosten	1.800,00	1.800,00	0,00	2.400,00	0,00	2.400,00
Urlaubsansprüche	4.018,61	4.018,61	0,00	3.072,81	0,00	3.072,81
Altersteilzeit	44.807,00	2.490,60	0,00	6.658,18	1.670,42	50.645,00
Insgesamt	840.324,61	57.365,82	8.866,57	190.476,17	-73.439,58	891.128,81

Deponie "Am Roten Weg"

Die Rückstellung wurde für Nachsorgeaufwendungen über den restlichen Nachsorgezeitraum der Deponie gebildet.

Ehem. Deponie Arzheim - Hausmülldeponie Arzheim

Der Rückstellungsbetrag betrifft die Nachsorgekosten für den restlichen Nachsorgezeitraum.

D. Verbindlichkeiten

1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	€	<u>106.980,18</u>
(31.12.2012	€	116.665,59)

Die Verbindlichkeiten resultieren aus dem laufenden Liefer- und Leistungsverkehr.

2. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Abwasserbeseitigung	€	<u>178.763,70</u>
(31.12.2012	€	188.929,68)

Die Verbindlichkeiten betreffen die Weiterberechnung anteiliger Verwaltungskosten und Abschreibungen sowie Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

3. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Bauhof	€	<u>122.354,93</u>
(31.12.2012	€	125.546,30)

Es handelt sich um Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

4. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Projektentwicklung Landesgartenschau	€	<u>234,78</u>
(31.12.2012	€	10.099,43)

Es handelt sich um Verbindlichkeiten aus der Umsatzsteuerabwicklung.

5. Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde	€	<u>77.402,00</u>
(31.12.2012	€	148.481,58)

Die Verbindlichkeiten beruhen auf Versorgungsverpflichtungen für Beamte.

6. Sonstige Verbindlichkeiten	€	<u>1.669.869,12</u>
	(31.12.2012 €	1.732.373,92)

Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um die im Berichtsjahr zeitanteiligen Anzahlungen von Bezirken, die im Rahmen des Abrechnungsverfahrens erst im Folgejahr endabgerechnet werden.

b) Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Umsatzerlöse	€ <u>4.607.130,19</u>
	(2012 € 4.619.938,00)

Die Umsatzerlöse setzen sich wie folgt zusammen:

	2013	2012
	€	€
Müllgebühren Haushalte	3.770.231,20	3.699.287,70
Containerabfuhr Gewerbe	52.301,01	53.178,00
Verwertungserlöse Papier 19% MwSt	385.370,61	462.440,99
Kostenanteil Miterfassung Papier DSD-System 19% MwSt	48.394,12	48.359,66
Einnahmen Müllumschlagplatz	181.658,02	178.943,73
Bauschuttanlieferungen	72.246,79	74.320,48
Verkauf von Müllsäcken	49.305,50	53.781,00
Grünschnittentsorgung	43.412,47	44.086,44
Sonstige Tätigkeiten	4.210,47	5.540,00
Insgesamt	4.607.130,19	4.619.938,00

2. Sonstige betriebliche Erträge	€ <u>434.449,93</u>
	(2012 € 726.084,72)

Zusammensetzung:

	2013	2012
	€	€
Erträge Auflösung Rückstellungen	24.827,57	175.081,26
Erträge Anlagenabgänge	450,00	163.451,00
Mieterträge Friedrich-Ebert-Straße	126.636,00	127.968,00
Nebenkosten/Kostenerstattungen	98.465,65	96.388,29
Erträge aus Vergütungen für Kostenweiterbelastungen	99.023,52	75.367,35
Auflösungen Investitionszuschüsse	18.817,00	18.817,00
Sonstige	66.230,19	69.011,82
Insgesamt	434.449,93	726.084,72

Die sonstigen betrieblichen Erträge verminderten sich im Geschäftsjahr um T€ 292. Dies resultiert im Wesentlichen aus reduzierten Erträgen aus Anlagenabgänge mit T€ 163 und den verminderten Auflösungen für Rückstellungen mit T€ 150.

3. Materialaufwand	€	<u>3.830.645,72</u>
	(2012 €	3.577.251,15)

Zusammensetzung:

	2013	2012
	€	€
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		
Strom, Gas, Wasser, Öl, Hilfs- und Betriebsstoffe	48.000,84	46.513,94
Kfz-Kosten	78.352,42	78.607,96
Sonstige	23.790,82	28.974,53
	150.144,08	154.096,43
Aufwendungen für bezogene Leistungen		
Nachsorgekosten der Deponien	39.668,59	11.031,63
Einsammlung Biotonnen bis 1100 l	298.512,00	290.335,40
Einsammlung Restmüll bis 240 l	235.500,00	252.329,36
Einsammlung Papier bis 240 l	231.423,16	235.508,90
Abfallbeseitigungskosten MHKW	1.839.038,43	1.600.916,59
Aufwendungen Kompostierung	293.325,52	284.171,39
Aufwendungen Gartenabfälle	101.511,23	101.192,96
Transportkosten	93.957,40	89.524,70
Sonstige	547.565,31	558.143,79
	3.680.501,64	3.423.154,72
Insgesamt	3.830.645,72	3.577.251,15

Die Erhöhung der Aufwendungen für bezogene Leistungen mit insgesamt T€ 257 ist im Wesentlichen auf die erhöhten Aufwendungen für Abfallbeseitigungskosten beim ZAS in Pirmasens mit T€ 238 zurückzuführen.

Die Gesamtkosten je Tonne Abfälle zur Entsorgung über den ZAS entwickelten sich wie folgt:

ZAS	2013	2012	2011
	€/t	€/t	€/t
Verbrennungspreis	239,70	229,30	225,66
Umschlag und Beförderung	7,85	7,90	7,90
Verwaltungskosten	2,35	2,45	2,74
Gesamtpreis	249,90	239,65	236,30

4. Personalaufwand € 487.071,77
 (2012 € 481.251,51)

a) Löhne und Gehälter € 384.839,51
 (2012 € 360.870,76)

Die Aufwendungen für Löhne und Gehälter sind für 28 Mitarbeiter (anteilig) angefallen.

b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung € 102.232,26
 (2012 € 120.380,75)

Es entfallen auf:

	2013	2012
	€	€
Arbeitgeberanteil Sozialversicherung	56.868,93	53.479,10
Berufsgenossenschaft	1.080,30	1.768,10
Altersversorgung ZVK	48.706,03	34.132,55
Veränderung der Pensions-/Beihilferückstellung	-4.423,00	31.001,00
Insgesamt	102.232,26	120.380,75

Der Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau AöR ist Mitglied der Zusatzversorgungskasse der Bayerischen Gemeinden, München. Es besteht ein privatrechtliches Versicherungsverhältnis zwischen Arbeitgeber und der Kasse mit der Aufgabe, den Arbeitnehmern der Kassenmitglieder eine zusätzliche Alters-, Berufs-, Erwerbsunfähigkeits- und Hinterbliebenenversorgung zu gewährleisten. Der Umlagesatz betrug im Berichtsjahr 3,75 %, zusätzlich wurde ein Sanierungszugschlag von 4,00 % erhoben. Gegen die ZVK-Beiträge wurde die Forderung an die Stadt aus der anteiligen Pensionsrückstellung gebucht.

5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

€ 302.298,33
(2012 € 322.910,00)

Die Zusammensetzung der Abschreibungen im Einzelnen zeigt der dem Anhang beigefügte Anlagennachweis.

6. Sonstige betriebliche Aufwendungen

€ 383.898,96
(2012 € 390.577,16)

Zusammensetzung:

	2013	2012
	€	€
Gebäudeunterhalt	65.500,82	82.822,83
VKE Stadt	68.851,94	81.489,58
Tiefbauggebühren	11.316,55	13.197,70
Versicherungsprämien	35.280,99	33.714,65
EDV-Kosten	59.659,89	49.159,61
Prüfungs- und Beratungskosten	40.766,65	30.707,55
Sonstige Aufwendungen	102.522,12	99.485,18
Insgesamt	383.898,96	390.577,16

Die verminderten Aufwendungen sind im Wesentlichen auf die niedrigeren Gebäudeunterhaltskosten für Modernisierungsmaßnahmen im Dienstgebäude Friedrich-Ebert-St. 5 mit T€ 17 zurückzuführen.

7. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	€ <u>139.857,50</u>
(2012 €	143.788,29)

Es handelt sich hierbei um die Verzinsung der Darlehensforderung gegenüber dem Betriebszweig Bauhof.

8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	€ <u>86.819,99</u>
(2012 €	23.644,51)

Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um die Verzinsung nach BilMoG für die Rückstellungen im Bereich der Deponien.

9. Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	€ <u>1.670,42</u>
(2012 €	119.768,31)

	2013	2012
	€	€
Zinsaufwand Altersteilzeitrückstellung/Deponienachsorge	1.670,42	118.857,09
Veränderung Aufzinsung	0,00	911,22
Darlehenszinsen u.a,		
Insgesamt	1.670,42	119.768,31

10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	€ <u>262.672,41</u>
(2012 €	621.697,39)

11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	€ <u>20.596,60</u>
(2012 €	19.083,80)

Es handelt sich um die Körperschaftssteuer und Gewerbesteuer für das Wirtschaftsjahr 2013 des Betriebes gewerblicher Art.

12. Sonstige Steuern	€ <u>2.651,98</u>
(2012 €	2.325,00)

Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um Kfz-Steuer.

13. Jahresergebnis	€ <u>239.423,83</u>
(2012 €	600.288,59)

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten

des Jahresabschlusses zum

31. Dezember 2013

des

Betriebszweiges Straßenreinigung

a) Erläuterungen zur Bilanz

Aktivseite

A. Anlagevermögen

I. Sachanlagen

Betriebs- und Geschäftsausstattung	€	<u>19.834,67</u>
	(31.12.2012 €	2.159,56)

Entwicklung:

	€
Anfangsbestand 1. Januar 2013	2.159,56
Investitionen	19.826,58
Abschreibungen	-2.151,47
Endstand 31. Dezember 2013	19.834,67

Die Investitionen betreffen die Anschaffung von Papierkorbbehältern mit T€ 10 und Unterflurabfallbehältern mit T€ 10.

II. Finanzanlagen

Sonstige Ausleihungen	€	<u>1.615.000,00</u>
	(31.12.2012 €	1.615.000,00)

Die Finanzanlagen betreffen das Darlehen gegenüber dem Betriebszweig Projektentwicklung Landesgartenschau zur Finanzierung der Modernisierungsmaßnahme am Gebäude Georg-Friedrich-Dentzel-Straße 1.

Entwicklung:

	€
Anfangsbestand 1. Januar 2013	1.615.000,00
Zuführung	0,00
Endstand 31. Dezember 2013	1.615.000,00

B. Umlaufvermögen**I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände****1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen**

	€	<u>111.233,13</u>
(31.12.2012	€	193.106,39)

2. Forderungen an den Betriebszweig Abwasserbeseitigung

	€	<u>82.140,33</u>
(31.12.2012	€	22.561,01)

Die Forderungen betreffen im Wesentlichen vereinnahmte Erträge.

3. Forderungen an den Betriebszweig Projektentwicklung Landesgartenschau

	€	<u>12.112,50</u>
(31.12.2012	€	11.776,25)

Die Forderungen betreffen Zinsen aus der Finanzierung der Modernisierungsmaßnahmen des Gebäudes Georg-Friedrich-Dentzel-Straße 1.

4. Forderungen an die Gemeinde

	€	<u>337.517,47</u>
(31.12.2012	€	710.182,55)

Die Forderungen gegen die Gemeinde bestehen im Wesentlichen aus dem Saldo der laufenden Kassenführung in Höhe von T€ 153 sowie der Forderung für Pensions-/Beihilfeansprüche von Beamten in Höhe von T€ 140.

II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

	€	<u>16.071,10</u>
(31.12.2012	€	13.596,04)

Der ausgewiesene Bankbestand (anteilig) zum 31.12.2013 ist durch eine Saldenbestätigung der VR-Bank, Landau, nachgewiesen.

Passivseite**A. Eigenkapital**

I. Stammkapital	€	<u>52.000,00</u>
(31.12.2012	€	52.000,00)

Der Ausweis entspricht dem in der Anstaltssatzung festgesetzten Stammkapital.

II. Rücklagen

Allgemeine Rücklage	€	<u>1.599.081,21</u>
(31.12.2012	€	1.584.551,87)

Aufgrund des Beschlusses des Stadtrates vom 12. November 2013 wurde der Jahresgewinn 2012 in Höhe von € 14.529,34 den Rücklagen zugeführt.

III. Jahresergebnis	€	<u>48.760,22</u>
(31.12.2012	€	14.529,34)

B. Rückstellungen € 215.502,98
 (31.12.2012 € 513.642,02)

1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen € 198.538,00
 (31.12.2012 € 499.778,00)

Ausweis nach Ermittlung der Pfälzischen Pensionsanstalt. Gemäß den bestehenden Versorgungsverpflichtungen gegenüber Beamten waren am Bilanzstichtag an insgesamt fünf Personen Zusagen erteilt.

2. Sonstige Rückstellungen € 16.964,98
 (31.12.2012 € 13.864,02)

Die sonstigen Rückstellungen entwickelten sich wie folgt:

	Stand am 1.1.2013	Inanspruch- nahme	Auflösung	Zuführung	Veränderung der Abzinsung	Stand am 31.12.2013
	€	€	€	€	€	€
Jahresabschlussprüfung	2.000,00	1.585,68	414,32	1.600,00	0,00	1.600,00
Interne Abschlusskosten	600,00	600,00	0,00	600,00	0,00	600,00
Urlaubsansprüche	143,02	143,02	0,00	294,98	0,00	294,98
Altersteilzeit	11.121,00	711,60	0,00	3.583,34	477,26	14.470,00
Insgesamt	13.864,02	3.040,30	414,32	6.078,32	477,26	16.964,98

C. Verbindlichkeiten

1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	€	<u>10.913,11</u>
(31.12.2012	€	10.213,35)

Die Verbindlichkeiten resultieren aus dem laufenden Lieferungs- und Leistungsverkehr.

2. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Abwasserbeseitigung	€	<u>28.346,68</u>
(31.12.2012	€	28.197,96)

Die Verbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen die Weiterberechnung anteiliger Verwaltungskosten und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

3. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Abfallentsorgung	€	<u>24.732,89</u>
(31.12.2012	€	20.647,79)

Die Verbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen die Weiterberechnung anteiliger Verwaltungskosten und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

4. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Bauhof	€	<u>46.629,11</u>
(31.12.2012	€	129.707,15)

Die Verbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

5. Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde	€	<u>44.943,00</u>
(31.12.2012	€	31.892,32)

Die Verbindlichkeiten beruhen im Wesentlichen auf Versorgungsverpflichtungen für Beamte.

6. Sonstige Verbindlichkeiten	€	<u>123.000,00</u>
(31.12.2012	€	183.000,00)

Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um die im Berichtsjahr zeitanteiligen Anzahlungen von Bezirken, die im Rahmen des Abrechnungsverfahrens erst im Folgejahr endabgerechnet werden.

b) Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Umsatzerlöse	€	452.945,45
	(2012 €	432.009,27

Die Umsatzerlöse setzen sich wie folgt zusammen:

	2013	2012
	€	€
Reinigungsgebühren gem. Satzung	392.317,67	369.387,28
Städtischer Anteil an der Straßenreinigung	60.627,78	62.621,99
Insgesamt	452.945,45	432.009,27

2. Sonstige betriebliche Erträge	€	14.614,32
	(2012 €	51.273,03)

Die sonstigen betrieblichen Erträge betreffen im Wesentlichen Erträge aus der Forderung diverser Dienstleistungen gegenüber verbundenen Unternehmen.

3. Materialaufwand	€	319.084,67
	(2012 €	325.855,63)

Zusammensetzung:

	2013	2012
	€	€
Aufwendungen für bezogene Leistungen		
Kehrleistungen	101.003,16	141.345,06
Manuelle Kehrleistungen (Bauhof)	34.576,73	37.736,64
Maschinelle Kehrleistungen (Bauhof)	51.855,09	27.338,20
Papierkorbentleerung (Bauhof)	93.473,54	93.139,56
Schildergestellung stationär	1.789,47	515,18
Deponierungskosten	22.131,19	15.060,79
Umschlag Kehrricht	8.390,59	3.131,87
Sonstiges	5.864,90	7.588,33
Insgesamt	319.084,67	325.855,63

4. Personalaufwand € 86.130,71
 (2012 € 130.606,33)

a) Löhne und Gehälter € 64.036,83
 (2012 € 66.011,77)

Die Aufwendungen für Löhne und Gehälter sind für 17 (anteilig) Mitarbeiter angefallen.

b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung € 22.093,88
 (2012 € 64.594,56)

Es entfallen auf:

	2013	2012
	€	€
Arbeitgeberanteil Sozialversicherung	7.968,86	6.416,08
Berufsgenossenschaft	129,17	138,21
Altersversorgung ZVK	13.513,85	9.718,27
Veränderung der Rückstellung/Forderung aus Pensionsverpflichtungen	482,00	48.322,00
Insgesamt	22.093,88	64.594,56

Der Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau AöR ist Mitglied der Zusatzversorgungskasse der Bayerischen Gemeinden, München. Es besteht ein privatrechtliches Versicherungsverhältnis zwischen Arbeitgeber und der Kasse mit der Aufgabe, den Arbeitnehmern der Kassenmitglieder eine zusätzliche Alters-, Berufs-, Erwerbsunfähigkeits- und Hinterbliebenenversorgung zu gewährleisten. Der Umlagesatz betrug im Berichtsjahr 3,75 %, zusätzlich wurde ein Sanierungszuschlag von 4,00 % erhoben.

5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen € 2.151,47
 (2012 € 664,48)

Die Zusammensetzung der Abschreibungen im Einzelnen zeigt der dem Anhang beigefügte Anlagennachweis.

6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	€ <u>61.221,29</u>
	(2012 € 58.504,16)

	2013	2012
	€	€
VKE Stadt	20.608,00	22.013,76
Miete und Nebenkosten Dienstgebäude	5.261,83	5.497,58
EDV-Kosten	16.633,26	12.314,92
Prüfungs- und Beratungskosten	2.290,78	2.194,39
Sonstige Aufwendungen	16.427,42	16.483,51
Insgesamt	61.221,29	58.504,16

7. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	€ <u>49.441,67</u>
	(2012 € 45.056,25)

Es handelt sich hierbei um die Verzinsung der Darlehensforderung gegenüber dem BZW PG Landesgartenschau.

8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	€ <u>824,18</u>
	(2012 € 2.229,79)

Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um die Verzinsung der Kassenguthaben durch die Stadtkasse.

9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	€ <u>477,26</u>
	(2012 € 408,40)

Es handelt sich hier um den Zinsaufwand der Aufzinsung der Altersteilzeitrückstellung.

10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit/Jahresergebnis	€ <u>48.760,22</u>
	(2012 € 14.529,34)

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten

des Jahresabschlusses zum

31. Dezember 2013

des

Betriebszweiges Bauhof

a) Erläuterungen zur Bilanz

Aktivseite

A. Anlagevermögen

I. Immaterielle Vermögensgegenstände	€	<u>3.887,85</u>
(31.12.2012	€	109,06)

	€
Anfangsbestand 1. Januar 2013	109,06
Investitionen	4.760,00
Abschreibungen	-981,21
Endstand 31. Dezember 2013	3.887,85

Es handelt sich hier um EDV-Software.

II. Sachanlagen

1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	€	<u>3.140.699,93</u>
(31.12.2012	€	3.267.846,46)

	€
Anfangsbestand 1. Januar 2013	3.267.846,46
Abschreibungen	-127.146,53
Endstand 31. Dezember 2013	3.140.699,93

2. Maschinen und maschinelle Anlagen	€	<u>139.538,72</u>
(31.12.2012	€	136.938,43)

	€
Anfangsbestand 1. Januar 2013	136.938,43
Investitionen	22.931,96
Abgänge (zu Restbuchwerten)	-1.539,50
Abschreibungen	-18.792,17
Endstand 31. Dezember 2013	139.538,72

Die Investitionen betreffen folgende Anschaffungen: ein Universalcontainer T€ 5; ein Benzinhammer T€ 3; zwei Heckenscheren T€ 4; drei Kehrmaschinen T€ 4; zwei Leitern T€ 2; eine Heckenschere T€ 2; eine Steintrennmaschine T€ 1; ein Hochdruckreiniger T€ 1; ein Freischneider T€ 1.

3. Betriebs- und Geschäftsausstattung

€ 847.052,68
(31.12.2012 € 716.200,64)

	€
Anfangsbestand 1. Januar 2013	716.200,64
Investitionen	248.775,92
Abgänge (zu Restbuchwerten)	-5,59
Abschreibungen	-117.918,29
Endstand 31. Dezember 2013	847.052,68

Der Bestand erhöhte sich im Wesentlichen durch die Anschaffung eines Kleinsammelfahrzeuges mit T€ 109, eines Radladers mit T€ 74, von fünf Kleintransportern mit T€ 91 und dem Kauf von acht Parkscheinautomaten mit T€ 32 und verminderte sich um planmäßige AfA i. H. v. T€ 118.

B. Umlaufvermögen

I. Vorräte	€	<u>37.252,48</u>
(31.12.2012	€	6.526,19)

Die Position enthält im Wesentlichen den Vorrat an Sand, Splitt, Zement und verschiedenen Schmierstoffe sowie den Bestand an Kaffee, Kakao u.a. für den Kaffeeautomaten. Die Bestände wurden durch eine körperliche Aufnahme ermittelt. Die Inventurlisten lagen uns vor.

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	€	<u>39.861,95</u>
(31.12.2012	€	7.728,85)

2. Forderungen an den Betriebszweig Abwasserbeseitigung	€	<u>57.271,32</u>
(31.12.2012	€	19.516,30)

Die Forderungen betreffen diverse Leistungen für den Betriebszweig Abwasserbeseitigung.

3. Forderungen an den Betriebszweig Abfallentsorgung	€	<u>122.354,93</u>
(31.12.2012	€	125.546,30)

Die Forderungen betreffen im Wesentlichen Leistungen im Bereich der Müllsammlung.

4. Forderungen an den Betriebszweig Straßenreinigung	€	<u>46.629,11</u>
(31.12.2012	€	129.707,15)

Die Forderungen betreffen Leistungen im Bereich der Straßenreinigung.

5. Forderungen an den Betriebszweig Projektentwicklung Landesgartenschau	€ <u>0,00</u>
(31.12.2012 €	108,80)

Die Forderungen betreffen Leistungen im Bereich der Straßenreinigung.

6. Forderungen an die Gemeinde	€ <u>841.099,14</u>
(31.12.2012 €	1.047.696,34)

Die Forderungen betreffen die Forderungen aus Leistungen gegenüber der Gemeinde mit T€ 428 und aus der laufenden Kassenführung mit T€ 413.

III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	€ <u>4.117,57</u>
(31.12.2012 €	3.346,95)

Zusammensetzung:

	31.12.2013	31.12.2012
	€	€
Barkasse	249,84	374,06
VR-Bank, Landau	3.867,73	2.972,89
Insgesamt	4.117,57	3.346,95

Der ausgewiesene Bestand der Barkasse ist durch einen Kassenbericht zum Bilanzstichtag nachgewiesen. Der ausgewiesene Bankbestand zum 31.12.2013 (antellig) ist durch eine Saldenbestätigung der VR-Bank, Landau, nachgewiesen.

C. Rechnungsabgrenzungsposten	€ <u>985,54</u>
(31.12.2012 €	0,00)

Es handelt sich im Wesentlichen um Personalkosten Januar 2014.

Passivseite**A. Eigenkapital**

I. Stammkapital	€	<u>50.000,00</u>
(31.12.2012	€	50.000,00)

Der Ausweis entspricht dem in der Anstaltssatzung festgesetzten Stammkapital.

II. Rücklagen

Allgemeine Rücklage	€	<u>1.194.463,31</u>
(31.12.2012	€	1.064.991,66)

Aufgrund des Beschlusses des Stadtrates vom 12. November 2013 wurde der Jahresgewinn 2012 in Höhe von € 129.471,65 den Rücklagen zugeführt

III. Jahresergebnis	€	<u>25.525,79</u>
(31.12.2012	€	129.471,65)

B. Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen	€	<u>180.100,69</u>
(31.12.2012	€	272.773,88)

Die sonstigen Rückstellungen entwickelten sich wie folgt:

	Stand am 1.1.2013	Inanspruch- nahme	Auflösung	Zuführung	Veränderung Aufzinsung	Stand am 31.12.2013
	€	€	€	€	€	€
Altersteilzeit	254.900,00	102.015,64	0,00	2.081,63	7.834,01	162.800,00
Jahresabschlussprüfung	5.000,00	3.765,97	1.234,03	4.600,00	0,00	4.600,00
Interne Abschlusskosten	1.300,00	1.300,00	0,00	1.600,00	0,00	1.600,00
Urlaubsrückstellung	11.573,88	11.573,88	0,00	11.100,69	0,00	11.100,69
Insgesamt	272.773,88	118.655,49	1.234,03	19.382,32	7.834,01	180.100,69

C. Verbindlichkeiten

1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	€	<u>40.213,35</u>
(31.12.2012	€	42.611,04)

Die Verbindlichkeiten resultieren aus dem laufenden Lieferungs- und Leistungsverkehr.

2. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Abwasserbeseitigung	€	<u>127.988,62</u>
(31.12.2012	€	65.709,46)

Die Verbindlichkeiten betreffen die Weiterberechnung anteiliger Verwaltungskosten und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

3. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Abfallentsorgung	€	<u>3.434.571,36</u>
(31.12.2012	€	3.596.095,53)

Die Verbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen das Darlehen für den Bau des neuen Bauhofes.

4. Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde	€	<u>220.577,78</u>
(31.12.2012	€	199.883,12)

Die Verbindlichkeiten betreffen den Personalaufwand Dezember 2013.

5. Sonstige Verbindlichkeiten	€	<u>3.310,32</u>
(31.12.2012	€	3.775,13)

Die Verbindlichkeit betrifft den restlichen Beitrag zur Gartenbau-Berufsgenossenschaft 2013.

D. Rechnungsabgrenzungsposten	€	<u>4.000,00</u>
	(31.12.2012 €	35.960,00)

Bei den passiven Rechnungsabgrenzungsposten handelt es sich um einen Zuschuss des Jobcenters Landau-Südliche Weinstraße zur Integration Langzeitarbeitsloser nach SGB für 2014.

b) Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Umsatzerlöse	€	3.467.575,22
	(2012 €	3.408.251,44)

Die Umsatzerlöse setzen sich wie folgt zusammen:

	2013	2012
	€	€
Verkehrssicherheit	622.389,39	614.754,80
Winterdienst	156.050,44	111.937,65
Grünflächenpflege	682.542,48	602.663,35
Stadtteilservice	498.751,78	522.670,24
Müllsammlung	0,00	881.382,50
Stadtreinigung	1.199.202,70	268.914,72
Sonstige Tätigkeiten	6.402,35	104.673,79
Parkraumbewirtschaftung	302.236,08	301.254,39
Insgesamt	3.467.575,22	3.408.251,44

Für das Geschäftsjahr 2013 erhöhten sich die Umsatzerlöse insgesamt gegenüber dem Vorjahr um T€ 59 (1,7 %). Dies resultiert im Wesentlichen aus höheren Erlösen im Bereich der Grünflächenpflege mit T€ 80, bei der Stadtreinigung (=Müllsammlung und Stadtreinigung) mit T€ 49 sowie aus höheren Erlösen im Bereich Winterdienst mit T€ 44. Demgegenüber verminderten sich die Umsatzerlöse im Bereich Sonstige Tätigkeiten um T€ 98.

2. Sonstige betriebliche Erträge	€	190.891,40
	(2012 €	89.695,09)

Zusammensetzung:

	2013	2012
	€	€
Erträge aus Anlagenabgängen	14.300,00	1.500,00
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	1.234,03	1.649,25
Erträge aus Versicherungsleistungen	48.201,54	30.507,14
Zuschüsse Arge.Hartz IV Sozialhilfeempfänger	77.651,60	920,00
Zuschüsse Sozialamt Sozialhilfeempfänger	2.794,56	2.808,96
Zuschüsse Arge. Altersteilzeit (Ersatzeinstellung)	0,00	0,00
Erträge aus weiterberechneten Personalkosten	3.717,36	8.986,24
Mieterträge Nutzung Bauhof	42.403,44	42.403,44
Sonstige Erträge	588,87	920,06
Insgesamt	190.891,40	89.695,09

3. Materialaufwand

€ 642.889,78
(2012 € 599.483,12)

Zusammensetzung:

	2013	2012
	€	€
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		
Strom, Wasser, Hilfs- und Betriebsstoffe	6.995,09	8.590,57
Bezogene Waren	100.930,94	127.945,05
Werkzeuge und Geräte	8.447,22	3.867,92
Kfz-Kosten	67.241,92	73.279,00
	183.615,17	213.682,54
Aufwendungen für bezogene Leistungen		
Leiharbeitskräfte	134.634,60	111.306,87
Miete Leihfahrzeuge und Geräte	53.248,84	53.197,91
Containerabfuhr	41.219,68	17.405,28
Bezogene Fremdleistungen	179.202,29	172.458,76
Kfz-Kosten	50.969,20	31.431,76
	459.274,61	385.800,58
Insgesamt	642.889,78	599.483,12

4. Personalaufwand € 2.281.784,95
 (2012 € 2.067.423,50)

a) Löhne und Gehälter € 1.841.055,51
 (2012 € 1.672.573,20)

Die Aufwendungen für Löhne und Gehälter sind für 56 Mitarbeiter angefallen.

b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung € 440.729,44
 (2012 € 394.850,30)

Es entfallen auf:

	2013	2012
	€	€
Arbeitgeberanteil Sozialversicherung	368.143,88	340.593,26
Berufsgenossenschaft	11.475,63	11.597,17
Altersversorgung ZVK	61.109,93	42.659,87
Insgesamt	440.729,44	394.850,30

Der Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau AöR ist Mitglied der Zusatzversorgungskasse der Bayerischen Gemeinden, München. Es besteht ein privatrechtliches Versicherungsverhältnis zwischen Arbeitgeber und der Kasse mit der Aufgabe, den Arbeitnehmern der Kassenmitglieder eine zusätzliche Alters-, Berufs-, Erwerbsunfähigkeits- und Hinterbliebenenversorgung zu gewährleisten. Der Umlagesatz betrug im Berichtsjahr 3,75 %, zusätzlich wurde ein Sanierungszuschlag von 4,00 % erhoben.

5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen € 264.838,20
 (2012 € 238.129,18)

Die Zusammensetzung der Abschreibungen im Einzelnen zeigt der dem Anhang beigefügte Anlagennachweis.

**6. Sonstige betriebliche
Aufwendungen**

€ 294.017,74
(2012 € 309.203,71)

Zusammensetzung:

	2013	2012
	€	€
Dienst- und Schutzkleidung	16.639,54	12.590,61
Unterhalt Ausstattungsgegenstände	16.040,95	23.841,95
VKE Stadt	99.487,41	92.613,70
VKE Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb	17.000,00	12.000,00
Betriebskosten Dienstgebäude	31.569,12	41.070,09
Telefonkosten	12.622,96	14.929,87
Tiefbauggebühren	2.090,00	2.340,00
Versicherungen	48.161,03	47.481,83
Bürobedarf	4.745,57	5.022,99
EDV-Kosten	8.255,10	7.776,31
Verluste aus Anlagenabgängen	1.545,09	13.050,58
Prüfungs- und Beratungskosten	5.109,92	7.220,50
Sonstige Aufwendungen	30.751,05	29.265,28
Insgesamt	294.017,74	309.203,71

**7. Sonstige Zinsen
und ähnliche Erträge**

€ 1.200,35
(2012 € 5.089,44)

Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um die Verzinsung der Kassenguthaben durch die Stadtkasse.

8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	€	<u>147.691,51</u>
(2012	€	156.510,81)

Zusammensetzung:

	2013	2012
	€	€
Zinsaufwand Altersteilzeitrückstellung Veränderung der Abzinsung	7.834,01	12.673,38
Darlehenszinsen	139.857,50	143.837,43
Insgesamt	147.691,51	156.510,81

9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	€	<u>28.444,79</u>
(2012	€	132.285,65)

10. Sonstige Steuern	€	<u>2.919,00</u>
(2012	€	2.814,00)

Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um Kfz-Steuer.

11. Jahresergebnis	€	<u>25.525,79</u>
(2012	€	129.471,65)

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten

des Jahresabschlusses zum

31. Dezember 2013

des

Betriebszweiges Projektentwicklung Landesgartenschau

a) Erläuterungen zur Bilanz

Aktivseite

A. Anlagevermögen

I. Immaterielle Vermögensgegenstände	€	1.605,21
	(31.12.2012 €	2.605,36)

Bei den immateriellen Vermögensgegenständen handelt es sich um EDV-Software.

II. Sachanlagen

1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Geschäfts-, Betriebs- und anderen Bauten	€	1.847.212,81
	(31.12.2012 €	1.804.321,42)

	€
Anfangsbestand 1. Januar 2013	1.804.321,42
Investitionen (inkl. Umbuchungen)	82.185,69
Abgang	-3.466,40
Summe	1.883.040,71
Abschreibungen	-35.827,90
Endstand 31. Dezember 2013	1.847.212,81

Die Investitionen (inkl. Umbuchungen) betreffen die Umbaumaßnahmen des Gebäudes Georg-Friedrich-Dentzel Straße 1 (DiZaP) in Landau.

2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	€	20.100,25
	(31.12.2012 €	25.598,57)

	€
Anfangsbestand 1. Januar 2013	25.598,57
Investitionen	0,00
Abgang (netto)	-435,34
Summe	25.163,23
Abschreibungen	-5.062,98
Endstand 31. Dezember 2013	20.100,25

3. Anlagen im Bau	€	7.876,66
	(31.12.2012 €	7.445,70)

B. Umlaufvermögen**I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände****1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen**

	€	<u>0,00</u>
(31.12.2012	€	2.071,32)

2. Forderungen an den Betriebszweig Abfallentsorgung

	€	<u>234,78</u>
(31.12.2012	€	10.099,43)

Die Forderungen betreffen die Erstattung diverser Umsatzsteuerbeträge für die Monate August bis Oktober 2013.

3. Forderungen an die Gemeinde

	€	<u>10.000,00</u>
(31.12.2012	€	10.000,00)

Die Forderung betrifft das noch nicht einbezahlte Stammkapital der Gemeinde.

4. Sonstige Vermögensgegenstände

	€	<u>4.152,84</u>
(31.12.2012	€	164.192,33)

Es handelt sich um umsatzsteuerliche Erstattungsansprüche für Umbaumaßnahmen der unter "Grundstücke mit Betriebs- und Geschäftsbauten" ausgewiesenen Investitionen des Gebäudes Georg-Friedrich-Dentzel-Straße 1 (DiZaP) in Landau.

II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten

€ 5.127,67
 (31.12.2012 € 31.637,44)

Zusammensetzung:

	31.12.2013	31.12.2012
	€	€
Kontokorrentkonto Sparkasse SÜW Nr. 1700158684	5.127,67	31.622,89
Geldmarktkonto Sparkasse SÜW Nr. 1720277514	0,00	14,55
Insgesamt	5.127,67	31.637,44

Die ausgewiesenen Bestände zum 31. Dezember 2013 sind durch Saldenbestätigungen der Sparkasse Südliche Weinstraße nachgewiesen.

C. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

€ 184.923,94
 (31.12.2012 € 97.322,07)

Passivseite**A. Eigenkapital**

I. Stammkapital	€	<u>10.000,00</u>
(31.12.2012	€	10.000,00)

Der Ausweis entspricht dem in der Anstaltssatzung festgesetzten Stammkapital.

II. Verlustvortrag	€	<u>-107.322,07</u>
(31.12.2012	€	-26.770,74)

Aufgrund des Beschlusses des Stadtrates vom 12. November 2013 wurde der Jahresverlust 2012 in Höhe von € 80.551,33 dem Verlustvortragskonto zugeführt

III. Jahresergebnis	€	<u>-87.601,87</u>
(31.12.2012	€	-80.551,33)

IV. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	€	<u>184.923,94</u>
(31.12.2012	€	97.322,07)

B. Sonderposten aus Investitionszuschüssen

Investitionszuschüsse	€	<u>340.651,92</u>
(31.12.2012	€	350.714,17)

Zusammensetzung:

	€
Stand 01. Januar 2013	350.714,17
Auflösung	-10.062,25
Stand 31. Dezember 2013	340.651,92

C. Rückstellungen**Sonstige Rückstellungen**

€ 3.300,00
(31.12.2012 € 1.400,00)

Die sonstigen Rückstellungen entwickelten sich wie folgt:

	Stand am 1.1.2013	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Stand am 31.12.2013
	€	€	€	€	€
Jahresabschlussprüfung	1.000,00	1.000,00	0,00	2.500,00	2.500,00
Interne Abschlusskosten	400,00	400,00	0,00	800,00	800,00
Insgesamt	1.400,00	1.400,00	0,00	3.300,00	3.300,00

D. Verbindlichkeiten

1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	€ <u>20.392,92</u>
(31.12.2012 €	63.970,47)

Die Verbindlichkeiten resultieren aus dem laufenden Lieferungs- und Leistungsverkehr.

2. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Abwasserbeseitigung	€ <u>78.028,13</u>
(31.12.2012 €	74.560,72)

Die Verbindlichkeiten betreffen die Weiterberechnung anteiliger Verwaltungskosten und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

3. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Abfallentsorgung	€ <u>0,00</u>
(31.12.2012 €	1.471,36)

4. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Straßenreinigung	€ <u>1.627.112,50</u>
(31.12.2012 €	1.626.776,25)

Die Verbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen das Darlehen für die Modernisierungsmaßnahmen am Gebäude Georg-Friedrich-Dentzel-Straße 1 (DiZap) in Landau mit T€ 1.615.

5. Verbindlichkeiten gegenüber dem Betriebszweig Bauhof	€ <u>0,00</u>
(31.12.2012 €	108,80)

6. Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde	€ <u>5.094,04</u>
(31.12.2012 €	28.461,48)

Die Verbindlichkeiten betreffen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

7. Sonstige Verbindlichkeiten	€	<u>1.046,18</u>
(31.12.2012	€	3.539,25)

Die Verbindlichkeiten betreffen die Betriebskostenabrechnung 2013 der vermieteten Büroflächen.

E. Rechnungsabgrenzungsposten	€	<u>5.608,47</u>
(31.12.2012	€	4.291,14)

Bei den passiven Rechnungsabgrenzungsposten handelt es sich um eine Mietzahlungen aus Vermietung von Büroräumen des Mietzeitraumes Januar 2014.

b) Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Sonstige betriebliche Erträge	€ <u>392.076,43</u>
	(2012 € 463.760,59)

Zusammensetzung:

	2013	2012
	€	€
Kostenerstattung Gemeinde	309.000,00	384.000,00
Erträge Vermietung Büroflächen	39.136,48	36.343,34
Erträge Betriebskosten Büroflächen	33.429,85	33.709,61
Erträge Auflösung Zuschüsse	10.062,25	9.651,64
Erträge Auflösung Rückstellung	0,00	56,00
Sonstige Erträge	447,85	0,00
Insgesamt	392.076,43	463.760,59

2. Personalaufwand	€ <u>227.390,07</u>
	(2012 € 297.313,99)

a) Löhne und Gehälter	€ <u>179.855,78</u>
	(2012 € 229.862,71)

Die Aufwendungen für Löhne und Gehälter sind zeitanteilig für 3 bis 5 Mitarbeiter angefallen.

b) **Soziale Abgaben und
Aufwendungen für Altersver-
sorgung und für Unterstützung**

€ 47.534,29
(2012 € 67.451,28)

Es entfallen auf:

	2013	2012
	€	€
Arbeitgeberanteil Sozialversicherung	31.154,49	45.433,98
Berufsgenossenschaft	814,63	718,02
Altersversorgung ZVK u.a.	15.565,17	21.299,28
Insgesamt	47.534,29	67.451,28

Der Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts, ist Mitglied der Zusatzversorgungskasse der Bayerischen Gemeinden, München. Es besteht ein privatrechtliches Versicherungsverhältnis zwischen Arbeitgeber und der Kasse mit der Aufgabe, den Arbeitnehmern der Kassenmitglieder eine zusätzliche Alters-, Berufs-, Erwerbsunfähigkeits- und Hinterbliebenenversorgung zu gewährleisten. Der Umlagesatz betrug im Berichtsjahr 3,75 %, zusätzlich wurde ein Sanierungszuschlag von 4,0 % erhoben.

3. **Abschreibungen auf immaterielle
Vermögensgegenstände des Anlage-
vermögens und Sachanlagen**

€ 41.891,03
(2012 € 39.538,40)

Die Zusammensetzung der Abschreibungen im Einzelnen zeigt der dem Anhang beigelegte Anlagennachweis.

4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	€ <u>155.736,04</u>
	(2012 € 160.469,73)

Aufgliederung:

	2013	2012
	€	€
Betriebskosten Gebäude DiZaP/PKW-Stellplätze	55.709,88	63.178,11
VKE Gemeinde	16.687,95	30.234,54
VKE Entsorgungs-und Wirtschaftsbetrieb	44.000,00	35.000,00
Versicherungen	3.396,33	3.349,83
Bürobedarf	1.658,39	2.068,40
EDV-Kosten	1.145,02	1.445,63
Prüfungs- und Beratungskosten	14.203,74	11.587,24
Öffentlichkeitsarbeit	10.586,64	8.442,19
Sonstige Aufwendungen	8.348,09	5.163,79
Insgesamt	155.736,04	160.469,73

5. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	€ <u>0,00</u>
	(2012 € 0,04)

6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	€ <u>49.442,46</u>
	(2012 € 45.056,25)

Es handelt sich hierbei um Darlehenszinsen für die Finanzierung der Modernisierungsmaßnahmen.

7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	€ <u>-82.383,17</u>
	(2012 € -78.617,74)

8. Sonstige Steuern	€ <u>5.218,70</u>
	(2012 € 1.933,59)

Es handelt sich hierbei um Grundsteuern, nicht abziehbare Vorsteuerbeträge sowie Kfz-Steuer.

9. Jahresergebnis	€ <u>-87.601,87</u>
	(2012 € -80.551,33)

Berechnung des Liquiditätsüberschusses:

	€	€
Jahresergebnis		776.307,99
Zuzüglich Aufwendungen, die nicht zu Ausgaben führen:		
- Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	3.409.804,17	
- Veränderung Forderungen Gemeinde aus Pensions- und Beihilfeansprüchen	229.890,00	
- Buchverluste aus Anlageabgängen	8.444,95	
		3.648.139,12
Abzüglich Erträge, die nicht zu Einnahmen führen:		
- Verminderung Wertberichtigungen auf Umlaufvermögen	62.949,00	
- Auflösung passiver Rechnungsabgrenzungsposten	30.642,67	
- Veränderung langfristige Rückstellungen	165.188,00	
- Auflösung Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	28.879,25	
- Auflösung empfangener Ertragszuschüsse	1.068.221,55	
		1.355.880,47
Abzüglich Ausgaben, die keine laufenden Aufwendungen sind:		
- Planmäßige Darlehenstilgung		64.578,50
Liquiditätsüberschuss		3.003.988,14

Entgeltsbedarf und Entgeltsaufkommen

Gemäß der VV zu § 4 der Landesverordnung über die Prüfung kommunaler Einrichtungen ist vom Abschlussprüfer darüber zu berichten, ob und inwieweit die im Kommunalabgabengesetz festgelegten Kalkulationsgrundsätze eingehalten sind.

Die zumutbare Belastung gemäß § 3 Abs. 1 KAVO beträgt EUR 70,00 je Einwohner.

Der Entgeltsbedarf - ohne Eigenkapitalverzinsung - beträgt EUR je Einwohner und liegt somit EUR über der zumutbaren Entgeltsbelastung nach § 3 Abs. 1 KAVO. Gemäß § 3 Abs. 1 KAVO kann die Anstalt bei Überschreiten dieser zumutbaren Entgeltsbelastung auf eine Eigenkapitalverzinsung und die die Tilgungen übersteigenden Abschreibungen verzichten. Der Verzicht auf die Erhebung einer Eigenkapitalverzinsung ist daher auch kalkulationsrechtlich möglich.

Zusammensetzung und Entwicklung der Empfangenen Ertragszuschüsse zum 31. Dezember 2013

	Zuführung				Entnahme				Restbuchwert		
	01.01.2013		31.12.2013		01.01.2013		31.12.2013		31.12.2013		
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	
Kanalbeiträge											
Haushalte SW	4.870.020,79	9.163,79	0,00	4.879.184,58	3.089.162,69	108.581,31	0,00	3.197.744,00	1.681.440,58		
Gewerbe SW	3.962.203,36	15.983,33	0,00	3.978.186,69	1.675.602,27	113.444,01	0,00	1.783.046,28	2.189.140,41		
Summe I:	8.832.224,15	25.147,12	0,00	8.857.371,27	4.764.764,96	222.025,32	0,00	4.986.790,28	3.870.580,99		
Haushalte OW	5.880.641,54	6.642,43	0,00	5.887.283,97	3.852.862,03	128.631,07	0,00	3.981.453,10	1.906.790,87		
Gewerbe OW	4.647.375,34	13.213,73	0,00	4.660.589,07	2.015.557,75	130.719,29	0,00	2.143.277,04	2.514.312,03		
Summe 2:	10.528.016,88	19.856,16	0,00	10.547.873,04	5.868.419,78	259.350,36	0,00	6.127.770,14	4.420.102,90		
Summe I:	19.360.241,03	45.003,28	0,00	19.405.244,31	10.633.184,74	481.375,68	0,00	11.114.560,42	8.290.683,89		
Hausanschlüsse											
Haushalte	8.887.188,95	9.077,09	0,00	8.896.266,04	8.568.467,44	29.747,60	0,00	8.598.215,04	298.051,00		
Gewerbe	806.653,89	24.251,25	0,00	830.905,14	594.042,23	12.196,29	0,00	606.238,52	224.666,62		
Summe II:	9.693.842,84	33.328,34	0,00	9.727.171,18	9.162.509,67	41.943,89	0,00	9.204.453,56	522.717,62		
Str.-Baulastträger											
Klassifizierte Str.	661.774,18	0,00	0,00	661.774,18	448.813,24	20.035,69	0,00	468.848,93	192.925,25		
Inv.-Anteil Stadt	11.134.144,04	476.982,58	74.345,92	11.586.780,70	4.898.519,50	342.975,80	0,00	5.241.485,30	6.295.285,40		
Inv.-Anteil Land	326.159,27	20.000,00	0,00	346.159,27	0,00	10.338,70	0,00	10.338,70	335.820,57		
Summe III:	12.122.077,49	496.982,58	74.345,92	12.544.714,15	5.347.332,74	373.350,19	0,00	5.720.662,93	6.824.031,22		
Beiträge von Gemeinden											
Kläranlage	4.728.071,26	199.661,49	0,00	4.927.732,75	3.355.799,12	157.453,91	0,00	3.513.253,03	1.414.479,72		
Verbindungssammlier	440.573,44	0,00	0,00	440.573,44	349.516,16	14.097,88	0,00	363.614,04	76.959,40		
Summe IV:	5.168.644,70	199.661,49	0,00	5.368.306,19	3.705.315,28	171.551,79	0,00	3.876.867,07	1.491.439,12		
insgesamt	46.344.806,06	774.975,69	74.345,92	47.045.435,83	28.848.342,43	1.068.221,55	0,00	29.916.563,98	17.128.871,85		

Zusammensetzung und Entwicklung der Förderdarlehen zum 31. Dezember 2013

Sachkonto-Nr.	Bank Darlehenskonto-Nr.	Stand 01.01.2013 €	Zugang €	Tilgung €	Stand 31.12.2013 €	Ursprüngliche Darlehenshöhe €	Tilgung		Zinsen		Schuldterkündung vom	Laufzeit bis
							%	€	%	€		
310108	Fördermittel Land- Rheinland Pfalz - DA 144	92.032,59	0,00	11.043,90	80.988,69	368.130,15	3,00	-	0,00	0,00	07.06.1984	01.06.2021
310109	Fördermittel Land- Rheinland Pfalz - DA 146	79.250,22	0,00	7.669,38	71.580,84	255.645,94	3,00	-	0,00	0,00	07.06.1984	01.06.2023
310110	Fördermittel Land- Rheinland Pfalz - DA 169	35.950,73	0,00	3.479,12	32.471,61	115.970,45	3,00	-	0,00	0,00	14.12.1987	01.06.2023
310111	Fördermittel Land- Rheinland Pfalz - DA 178	102.166,34	0,00	9.300,40	92.865,94	306.775,13	3,00	-	0,00	0,00	12.01.1989	30.12.2023
	insgesamt	309.399,88	0,00	31.492,80	277.907,08	1.046.521,67						

Zusammensetzung und Entwicklung der Darlehen bei Kreditinstituten zum 31. Dezember 2013

Sachkonto-Nr.	Bank Darlehenskonto-Nr.	Stand 01.01.2013		Zugang		Tilgung		Stand 31.12.2013		ursprüngliche Darlehenshöhe		Tilgung		Zinsen		Schuldurkunde vom	Zinssatz fest bis
		€		€		€		€		€		€		%	€		
310134	NRW-Bank Nr. 3 001.950.017	101.135,50		0,00		33.085,70		68.049,80		476.650,39		2.6294		5,30		01.03.1995	30.12.2015
															4.709,82		

Rechtliche und steuerrechtliche VerhältnisseI. Rechtliche Verhältnisse

Firma: Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR).

Sitz: Landau in der Pfalz.

Stammkapital: Das Stammkapital ist auf EUR 15.564.000,00 festgesetzt (§ 1 der Satzung).

Geschäftsjahr: Kalenderjahr.

Organe der Gesellschaft: Die Organe der AöR sind der Vorstand und der Verwaltungsrat (§ 4). Die Mitglieder der Organe werden namentlich im Anhang der AöR unter den ergänzenden Angaben aufgeführt.

Im Berichtsjahr fanden sieben Sitzungen des Verwaltungsrates statt, in denen er sich mit folgenden wesentlichen Angelegenheiten der Anstalt befasst hat:

- 3. Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzepts 2013 - 2019,
- Teilnahme Benchmarking Wasserwirtschaft 2013,
- Systembeschreibung Sammlung von Leichtverpackungen,
- befristete Beschäftigung von vier gewerblich Bediensteten,
- Zwischenbericht zum 30. Juni 2013,
- Beteiligung Ausschreibung Sammlung Leichtverpackungen,
- Abfallwirtschaftsplan Rheinland-Pfalz 2013 - Teilplan Siedlungsabfälle,
- Risikoerhebung per 28. Februar/31. August 2013,
- Ersatz Entwässerungszentrifuge Kläranlage Landau,

- Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2012,
- Wirtschaftsplan 2014,
- Frauenförderplan,
- Änderung Satzung Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau,
- Änderung Abfallwirtschaftssatzung,
- Änderung Abwassersatzung,
- Änderung Straßenreinigungsgebührensatzung.

Satzungen: Satzung für Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts (EWL) vom 9. Dezember 2008 zuletzt geändert am 4. April 2014; in Kraft seit 11. April 2014.

Betriebszweig

Abwasser:

Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau, - AöR - über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage (Abwassersatzung) vom 8. Mai 2009, zuletzt geändert am 27. September 2013; in Kraft seit 1. Oktober 2013.

Betriebszweig Abfall:

Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau (EWL) über die Abfallwirtschaft (Abfallwirtschaftssatzung) vom 4. Februar 2009; zuletzt geändert am 27. Januar 2014; in Kraft seit 1. Februar 2014.

Betriebszweig

Straßenreinigung:

Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Reinigung der öffentlichen Straßen (Straßenreinigungssatzung) in der Fassung vom 9. September 2009; zuletzt geändert am 26. Juni 2013; in Kraft seit 1. Juli 2013.

- Wichtige Verträge:
- Schleupen AG, Moers, Vertrag über die Softwarewartung (Finanz- und Anlagenbuchhaltung) vom 9. Januar 2004.
 - Schleupen AG, Moers, Vertrag über die Softwarewartung (Verbrauchsabrechnung/Archivsoftware)
(Vertragsbeginn: 1. Dezember 2007/1. März 2008).
 - Athos GmbH, Sindelfingen, Vertrag über die Softwarewartung (Wiegeprogramm) vom 24. Juli 2000.
 - TechniData IT-Service GmbH, Karlsruhe, Vertrag zur Erbringung von IT – Dienstleistungen vom 11. August 2009.
 - EnergieSüdwest AG, Landau, Vertrag über die Lieferung von Strom vom 9. Juni 2010 (Vertragsbeginn: 1. Januar 2011).
 - EnergieSüdwest AG, Landau, Vertrag über die Lieferung von Erdgas vom 17. November 2009 (Vertragsbeginn: 1. Januar 2010; Vertragsende: 31. Dezember 2013).

Betriebszweig

Abwasser:

Vertrag über die Lieferung von Datenextrakten aus der Verbrauchsabrechnung für Wasser der EnergieSüdwest AG vom 1. Januar 2006.

Vertrag mit Fa. Trillhof GmbH über den Abtransport und Verwertung von Sieb- und Rechenrückständen, Sandfangrückständen, Abfällen aus Kanalreinigung 12. Dezember 2012 (Vertragsbeginn: 1. Februar 2013; Vertragsende: 31. Januar 2014).

Vertrag mit Fa. UD Umwelt-Dienste GmbH über die landwirtschaftliche Verwertung des auf der Kläranlage Landau anfallenden Klärschlammes vom 4. Februar 2009 (Vertragsbeginn: 1. Februar 2009; Vertragsende: 31. Dezember 2013).

Vertrag mit Fa. Dreisigacker GmbH & Co.KG über den baulichen Unterhalt der Flächenkanalisation u.a. vom 22. September 2011 (Vertragsbeginn: 1. Oktober 2011).

Vertrag mit Fa. Klaus Dieter Zawisla vom 15. Oktober 2012 über die Tätigkeiten Kanalreinigung/TV-Inspektion von Entwässerungskanälen (Vertragsbeginn: 1. Dezember 2012).

Vertrag mit Fa. Arnold Müller GmbH über die Entleerung und das Abfahren des Abwassers aus geschlossenen Abwassergruben vom 18. Dezember 2007 (Vertragsbeginn: 1. Februar 2008; Vertragsende 31. Januar 2014).

Betriebszweig Abfall: Mietvereinbarung mit der Stadt Landau in der Pfalz über die Vermietung von Büro- und Nutzflächen vom 27. Juli 2000.

Nachtrag zur Mietvereinbarung mit der Stadt Landau in der Pfalz über die Vermietung von Büro- und Nutzflächen vom 2. April 2001.

Vertrag mit der Fa. Labitzke Gebäudereinigung GmbH über die Unterhaltsreinigung für das Verwaltungsgebäude Friedrich-Ebert-Straße 5 vom 13. Dezember 2012 (Vertragsbeginn: 1. Januar 2013).

Vertrag mit der Fa. Zeller Recycling GmbH über die Nutzung der Müllumschlaganlage vom 8. Juli 2010 (Vertragsbeginn: 1. August 2010).

Verlade- und Beförderungsvertrag mit der Fa. Zeller Recycling GmbH vom 8. Juli 2010 (Vertragsbeginn: 1. August 2010).

Vertrag mit der Fa. ALBA Nordbaden GmbH über den Abtransport und Verwertung von Altholz vom 12. Juli 2010 (Vertragsbeginn: 1. August 2010).

Vertrag mit der Fa. Zeller Recycling GmbH über den Abtransport und die Verwertung von Grünschnittmaterial vom 8. Juli 2010 (Vertragsbeginn: 1. August 2010).

Vertrag mit der Fa. Gemes Abfallentsorgung und Recycling GmbH über die Übernahme, Umladung und Verwertung von Bioabfällen vom 5. November 2012 (Vertragsbeginn: 1. Januar 2013).

Vereinbarung mit der Fa. Sita Süd GmbH über den Umschlag von Bioabfällen aus der Stadt Landau in der Pfalz vom 13. Dezember 2012 (Vertragsbeginn: 1. Januar 2013).

Vertrag mit der FA. WBV Westdeutscher Bindegarn-Vertrieb, über die Lieferung von HDPE Altpapiersäcken vom 19. November 2012.

Vertrag mit der Fa. Süd-Müll Transport GmbH & Co. KG zur Durchführung der mobilen Sonderabfallsammlung vom 4. Juni 2012 (Vertragsbeginn: 1. Januar 2013).

Vertrag mit der Fa. Remondis GmbH über das Aufstellen und Abfuhr von Wechselbehältern sowie Entladung/Entsorgung von Abfällen zur Beseitigung (Vertragsbeginn 1. August 2013).

Vertrag mit der Fa. Südmüll Transport GmbH & Co. KG über die Verwertung von Altpapier (PPK) vom 28. Dezember 2012 (Vertragsbeginn 1. Januar 2013; Vertragsende 31. Dezember 2014).

Betriebszweig

Straßenreinigung:

Vertrag mit der Fa. ALBA Nordbaden GmbH über die Reinigung von öffentlichen Straßen und Plätzen in Landau i.d. Pfalz vom 13. Juni 2012 (Vertragsbeginn: 1. Juli 2012).

Vertrag mit der Fa. Trillhof Handels GmbH über den Abtransport und die Verwertung von Straßenkehricht vom 12. Dezember 2012 (Vertragsbeginn: 1. Februar 2013; Vertragsende: 31. Januar 2014).

Betriebszweig Bauhof:

Vertrag mit der Fa. Remondis GmbH über das Aufstellen und Abfuhr von Wechselbehältern sowie Entladung/Entsorgung von Abfällen zur Beseitigung (Vertragsbeginn 1. Mai 2010).

II. Steuerrechtliche Verhältnisse

Bei der Anstalt handelt es sich um einen Hoheitsbetrieb, da die Anstalt damit dem Gesundheitswesen und dem Umweltschutz dient (§ 85 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 und Nr. 5 GemO, Abschnitt 9 Abs. 1 S. 2 KStR).

Da Hoheitsbetriebe nicht zu den Betrieben gewerblicher Art von juristischen Personen des öffentlichen Rechts gehören, ist eine Steuerpflicht der Anstalt nicht gegeben (§§ 1 Abs. 1 Nr. 6, 4 Abs. 5 S. 1 KStG, § 2 Abs. 1 S. 2 GewStG, § 2 Abs. 2 S. 1 GewStDV, § 2 Abs. 3 S. 1 UStG, § 3 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 GrStG).

Beim Betriebszweig Abfallfallentsorgung besteht im Rahmen der Papiersammlung, der Verwertung von Elektroschrott/Metallschrott und Kfz-Batterien ein Betrieb gewerblicher Art einer Körperschaft des öffentlichen Rechts. Dieser unterliegt damit grundsätzlich der Körperschaft- und Gewerbesteuerpflicht sowie als Unternehmer im Sinne des Umsatzsteuergesetzes der Umsatzsteuerpflicht. Die Umsatzsteuer wird von der Anstalt an das zuständige Finanzamt abgeführt.

Beim Betriebszweig Abwasserbeseitigung besteht im Rahmen der Stromerzeugung durch ein BHKW und die damit verbundene Einspeisung elektrischer Energie in das Netz des örtlichen Energieversorgers Umsatzsteuerpflicht als Unternehmer im Rahmen des Umsatzsteuergesetzes.

Die Umsatzsteuer wird von der Anstalt an das zuständige Finanzamt abgeführt.

Im Berichtsjahr hat eine Lohnsteuer-Außenprüfung der Jahre 2009 – 2013 stattgefunden. Die Prüfung führte zu keinen Beanstandungen. Der Vorbehalt der Nachprüfung wurde aufgehoben.

**Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau,
Anstalt des öffentlichen Rechts**

**Fragenkatalog zur Prüfung der
Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung
und der wirtschaftlichen Verhältnisse
nach § 53 HGrG (IDW PS 720)**

FRAGENKREIS 1:**Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge**

- a) **Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?**

Organe der EWL sind der Vorstand und der Verwaltungsrat (§ 4 der Satzung vom 14. Dezember 2011).

Der Vorstand führt die Geschäfte der EWL in eigener Verantwortung nach Maßgabe der Gesetze, der Satzung und der Beschlüsse des Verwaltungsrates. Er vertritt die AöR gerichtlich und außergerichtlich. Dem Vorstand obliegt die laufende Geschäftsführung, wozu insbesondere die Bewirtschaftung der im Erfolgsplan veranschlagten Aufwendungen und Erträge, der Einsatz des Personals, die rechtzeitige Aufstellung des Wirtschaftsplanes und weitere sonstige Angelegenheiten gehören. Weitere Einzelheiten sind in § 5 der Anstaltssatzung geregelt.

Der Verwaltungsrat (§ 6 der Satzung) als weiteres Organ der Anstalt wird vom Stadtrat der Stadt Landau in der Pfalz für die Dauer von fünf Jahren gewählt.

Der Verwaltungsrat überwacht die Geschäftsführung des Vorstandes und entscheidet insbesondere über den Erlass von Satzungen, über die Festsetzung von Gebühren und weitere in § 7 der Anstaltssatzung genannte Angelegenheiten, wobei bei verschiedenen Angelegenheiten der Beschluss des Verwaltungsrates der Zustimmung des Stadtrates bedarf. Durch die in der Anstaltssatzung behandelten zustimmungspflichtigen Geschäfte und Maßnahmen sowie durch die Berichte des Vorstandes sind Verwaltungsrat und Stadtrat in den Entscheidungsprozess nach unseren Feststellungen sach- und bedarfsgerecht eingebunden.

Der Verwaltungsrat hat sich zum 7. Dezember 2009 eine Geschäftsordnung gegeben. Über die Anstaltssatzung hinausgehende Weisungen des Verwaltungsrates zur Organisation für die Geschäftsleitung (Vorstand) liegen nicht vor.

- b) **Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?**

Der Verwaltungsrat trat im Jahr 2013 zu insgesamt sieben Sitzungen zusammen. Der Stadtrat hat sich in neun Sitzungen mit Angelegenheiten der Anstalt befasst. Über die Sitzungen des Stadtrates und des Verwaltungsrates wurden Protokolle erstellt.

- c) **In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 5 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?**

Der Vorstand ist nach den uns erteilten Auskünften Mitglied des Verbandsgemeinderates der Verbandsgemeinde Herxheim in der Pfalz und in dieser Funktion im Werkausschuss der Verbandsgemeinde Herxheim und im Zweckverband der Gruppenkläranlage Rülzheim/Herxheim vertreten.

- d) **Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?**

Die Anstalt beruft sich auf die Ausnahmeregelung des § 286 Abs. 4 HGB. Im Stellenplan zum Wirtschaftsplan sind die Besoldungs-/Entgeltgruppen dargestellt. Die Geschäftsordnung des Verwaltungsrates enthält in § 26 die Regelungen der Aufwandsentschädigung der Verwaltungsratsmitglieder

FRAGENKREIS 2:

Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

- a) **Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?**

Die für den gesamten Bereich der Stadtverwaltung Landau geltende allgemeine Geschäftsanweisung, die den Geschäfts-/Dienstbetrieb regelt, gilt derzeit noch für die Anstalt. Im April 2014 wurde eine Allgemeine Geschäftsanweisung nur für Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb fertiggestellt, welche am 1. Mai 2014 in Kraft tritt. Im Übrigen wurden im Jahr 2013 verschiedene Dienstanweisungen und Dienstvereinbarungen in Kraft gesetzt, die u.a. auch spezielle Belange der Anstalt berücksichtigen.

In dem bei der Stadt Landau vorliegenden Geschäftsverteilungsplan (Stand 1. September 1998) ist geregelt, welche Aufgaben den einzelnen Ämtern bzw. bestehenden Eigenbetrieben zur Aufgabenerledigung übertragen sind. Konkret sind die Aufgaben des EWL in der Satzung vom 14. Dezember 2011 geregelt.

Es liegt ein Dienstverteilungsplan (Stand 03. Juli 2008) und Organisationsplan vor, aus dem sich Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und die Zuständigkeiten ergeben. Ein neuer Dienstverteilungsplan ist in Vorbereitung und soll 2014 in Kraft gesetzt werden.

Funktionstrennungen sind durch die unterschiedlichen Aufgabenstellungen im Allgemeinen gegeben. Soweit wir dies im Rahmen der Abschlussprüfung feststellen konnten, zeigten sich hier keine nennenswerten Abweichungen zwischen den vorgegebenen Organisationsstrukturen und den tatsächlichen Handhabungen. Die regelmäßige Überprüfung des Organisationsplans ist nach unseren Feststellungen gewährleistet.

Weitere Regelungen, insbesondere über Zuständigkeiten, ergeben sich aus der EigAnVO sowie der Satzung der Anstalt.

Nach unseren Feststellungen bestehen aufgrund der bestehenden Dienstanweisungen und Stellenbeschreibungen geeignete Richtlinien für wesentliche Entscheidungsprozesse im notwendigen Umfang. Soweit erkennbar, werden sie beachtet.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

Es ergaben sich keine Anhaltspunkte; die Überarbeitung des Organisationsplans/ Aufgabengliederungsplans erfolgt im Jahr 2014.

c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Ab 1. September 2013 hat der EWL eine speziell auf die Anstalt zugeschnittene Dienstanweisung zur "Regelung der Annahme von Zuwendungen" in Kraft gesetzt. Im Übrigen gilt die Dienstanweisung über das Verfahren bei der Vergabe von Aufträgen bei der Stadt Landau in der Pfalz vom 8. April 2013 (in Kraft seit 15. April 2013), welche in Ziffer 23 die Erbringung von Dienstleistungen der Zentralen Vergabestelle (ZVS) der Stadtverwaltung für den Betrieb regelt.

d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Es gelten hier insbesondere die Bestimmungen der GemO Rhld-Pf, der GemHVO, der VOL/VOF, der VOB und der EigAnVO. Der vom Verwaltungsrat und Stadtrat zu beschließende Wirtschaftsplan gibt den Entscheidungsrahmen für den Vorstand. Die Ausschreibungen werden nach diesen Vorgaben vorbereitet und unter Beachtung der einschlägigen Vorschriften durchgeführt. Die Durchführung der Auftragsvergabe ist in der "Dienstanweisung über das Verfahren bei der Vergabe von Aufträgen bei der Stadt Landau in der Pfalz" geregelt. Gemäß Ziffer 1 Absatz 2 ist der EWL an diese Verfügung gehalten.

Bei Neuaufnahmen und Umschuldungen von Krediten werden grundsätzlich verschiedene Angebote eingeholt.

Im Rahmen unserer Pflichtprüfung haben wir keine von diesen Vorgaben abweichenden Handlungen festgestellt, die Anlass zu Beanstandungen geben würden.

e) Besteht eine ordnungsgemäße Dokumentation von Verträgen (z. B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Es existiert ein zentrales Vertragsregister in der Verwaltungsabteilung. Für den Bereich EDV liegt eine separate Dokumentation vor; Im Wesentlichen wird darin die Verwaltung der Hardware- und Software (permanente Prüfung und Fortschreibung der vorhandenen Softwarelizenzen) erfasst.

FRAGENKREIS 3:

Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

a) Entspricht das Planungswesen - auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten - den Bedürfnissen des Unternehmens?

Der jährlich gemäß § 33 EigAnVO Rhld-Pf aufzustellende Wirtschaftsplan mit Investitionsprogramm bietet einen ausreichenden Planungshorizont und entspricht den Bedürfnissen der Anstalt. Wirtschaftspläne werden für jeden Betriebszweig gesondert aufgestellt und verfolgt.

b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Eine systematische Untersuchung und Analyse der Planabweichungen ist für größere Abweichungen während des Jahres und außerdem im Rahmen des Jahresabschlusses vorgesehen. Hierzu wurde ein separates Projektkontrolling eingeführt; es erfolgt in regelmäßigen Abständen die Berichterstattung der wesentlichen Veränderungen durch die Abteilungsleiter an den Vorstand.

Kritische Bereiche (z.B. der BgA Papierverwertung u.ä.) werden im Rahmen eines permanenten Soll/Ist-Vergleiches geprüft.

Im Rahmen unserer Prüfung haben sich keine Hinweise darauf ergeben, dass nicht entsprechend verfahren wird. Im Übrigen informiert der Vorstand schriftlich in Anwendung von § 21 EigAnVO Rheinland-Pfalz mindestens einmal jährlich (per 30.Juni) den Verwaltungsrat in einem Zwischenbericht über die Abwicklung des Vermögens- und Erfolgsplanes.

c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Es ist eine kaufmännische doppelte Buchführung eingerichtet. Das Rechnungswesen ist DV-gestützt; hierbei wird die Software der Fa. Schleupen AG, Moers, bestehend aus folgenden Programmpaketen, eingesetzt:

- Rechnungswesen (Finanzbuchhaltung, Kostenrechnung, Gebührenabrechnung),
- Anlagenbuchhaltung.

Für die Abrechnung der Anlieferungsgebühren auf der Müllumschlaganlage wird ein von der Fa. ATHOS, Sindelfingen, entwickeltes Abfallwirtschaftsprogramm (AWS-Abfallwirtschaftssystem) angewendet.

Im Bereich des Bauhofs befindet sich die Software "Regie 68" der Fa. Menke EDV Zubehör GmbH, Beckum im Einsatz, welche im Wesentlichen zur Erfassung der geleisteten Einsatzstunden mit anschließender Fakturierung dient. Diese Software wurde speziell für die spezifischen Belange von Bauhöfen entwickelt.

Im Jahr 2014 sollen die nachfolgend genannte Softwareanwendungen beschafft werden:

- Software der Fa. HKS zur Auswertung von Datenbanken (z.B. Software der Fa. Schleupen u.a.) für die Bereiche Kostenrechnung und Controlling.
- Software der Fa. uve GmbH zur systematischen Erfassung von Verträgen, um betriebliche und behördliche Anforderungen hinsichtlich Qualifikation, Wartung u.a. überwachen zu können.

Die verfahrensübergreifende Organisation der EDV im Rechnungswesen entspricht den gesetzlichen Vorschriften und anerkannten Regeln. Es wird danach entsprechend verfahren.

- d) **Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?**

Im Rahmen der Vermögensplanüberwachung werden Finanz- und Kreditüberwachung durchgeführt.

- e) **Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?**

Mit der Stadt besteht ein zentrales Cash-Management.

- f) **Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?**

Es ist sichergestellt, dass eine zeitnahe Rechnungsstellung der Gebühren erfolgt und Abschlagszahlungen in angemessenem Rahmen eingefordert werden. Offene Forderungen werden überwacht, gemahnt und wenn möglich über die Stadtkasse als Vollstreckungsbehörde gepfändet.

- g) **Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?**

Die Anstalt verfügt über keine eigenständige Controllingabteilung; es wurden jedoch Aufgaben im Bereich Controlling auf eine bestehende Personalstelle übertragen. Im Übrigen stehen Unterlagen des Rechnungswesens als Entscheidungsgrundlage für Führungskräfte und Kontrollgremien für die Wirtschaftsplanung, Entgeltkalkulationen und Projektplanungen bereits ausreichend zur Verfügung. Im Jahr 2014 sollen die vorhandenen Controllinginstrumente überarbeitet und ergänzt werden und hierzu eine entsprechende Software beschafft werden.

- h) **Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?**

Die Stadt Landau war bisher Mitglied beim Zweckverband Abfallverwertung Südwestpfalz (ZAS). In der Sitzung der Verbandsversammlung am 8. Dezember 2009 wurde beschlossen, die Verbandsordnung die bisherige Mitgliedschaft der Stadt Landau mit allen Rechten und Pflichten auf die Anstalt des öffentlichen Rechts Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau zu übertragen.

Die Zustimmung hierzu erfolgte durch Beschluss des Stadtrates der Stadt Landau. Eine Steuerung und Überwachung des ZAS ist mit dem vorhandenen Rechnungs- und Berichtswesen in eingeschränktem Umfang vorhanden.

FRAGENKREIS 4:**Risikofrüherkennungssystem**

- a) **Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?**

Im Jahr 2002 wurde unter Mitwirkung der Fa. PriceWaterhouseCoopers (PwC) AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ein Risikomanagement eingerichtet und eine Risikorichtlinie erstellt, welche am 3. April 2003 mit Zustimmung des Werkausschusses in Kraft gesetzt wurde. Durch Gründung der Anstalt zum 1. Januar 2009 als Rechtsnachfolger wurde die bestehende Risikorichtlinie übernommen und zum 1. Januar 2009 überarbeitet.

Im Rahmen der Risikoerhebung und Dokumentation sind zweimal jährlich zum 28. Februar bzw. 31. August die Risikoerhebungsbögen von den jeweils risikoverantwortlichen Mitarbeitern zu aktualisieren und dem Risikokoordinator zwecks Prüfung weiterzuleiten. Der Risikokoordinator stellt alle Risiken, die "immer einer gesonderten Beachtung bedürfen" in einer Gesamt-Risikoübersicht zusammen und berichtet rechtzeitig vor Erstellung des Lageberichtes und des Zwischenberichtes (30. Juni des Kalenderjahres) dem Vorstand. Der Vorstand informiert regelmäßig den Verwaltungsrat bei der Vorstellung des Zwischenabschlusses bzw. des Jahresberichtes und im Rahmen der Erstellung des Lageberichts, wobei die Unterrichtung des Verwaltungsrat im Wirtschaftsjahr 2013 am 31. Oktober 2013 erfolgte.

Im Bereich der Abwasserentsorgung wurde der Fa. DAR-Deutsche Abwasser-Reinigungsgesellschaft mbH in Wiesbaden der Auftrag zur Erstellung einer Dienst- und Betriebsanweisung in den Bereichen Kanalisation/Kläranlage erteilt.

Diese Anweisungen beinhalten u. a. genau geregelte Dienst- u. Betriebsanweisungen, Alarmpläne, Ex-Zonenpläne sowie Dokumentationen zur Gefährdungsbeurteilung bzw. Gefahrstoffverordnung. Seit dem Jahr 2006 sind die Anweisungen komplett in Kraft gesetzt.

Im Bereich der Abteilung Bauhof werden derzeit die bestehenden Dienst- und Betriebsanweisungen überarbeitet und u.a. auch die Gefährdungsbeurteilungen ständig aktualisiert.

Im Rahmen der Forderungsüberwachung werden durch den Vorstand monatliche Auswertungen erstellt. Diese dienen als Grundlage für die Bewertung einzelner Forderungen.

- b) **Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?**

Die unter Punkt a) genannten Maßnahmen sind geeignet, Risiken zu erkennen.

- c) **Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?**

Eine entsprechende Dokumentation in Form von Berichten etc. findet statt. Wie bereits unter Frage a) erwähnt, ist eine umfassende Dokumentation, insbesondere im Bereich der Abwasserbeseitigung, erstellt worden.

- d) **Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?**

Vgl. Punkt 4 a).

FRAGENKREIS 5:

Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

- a) **Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:**
- **Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?**
 - **Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?**
 - **Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?**
 - **Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z. B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z. B. anti-izipatives Hedging)?**

Da die Anstalt nicht mit den entsprechenden Finanzinstrumenten arbeitet, entfällt die Beantwortung dieses Fragenkreises.

FRAGENKREIS 6:**Interne Revision**

- a) **Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?**

Das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Landau nimmt die Aufgabe der internen Revision wahr und führt u. a. Prüfungen von Eingangs- und Ausgangsrechnungen etc. durch. Grundlage ist die bestehende Dienstanweisung für das Rechnungsprüfungsamt zur Prüfung von Sondervermögen vom 8. November 2006 und § 11 Abs. 3 der Anstaltssatzung. Wesentliche Beanstandungen ergaben sich nach den uns erteilten Auskünften nicht.

FRAGENKREIS 7:**Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans**

- a) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?**

Im Rahmen unserer Prüfung ergaben sich keine Anhaltspunkte für eine Umgehung der Zustimmung durch das Aufsichtsgremium.

- b) **Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?**

Im Berichtsjahr wurden Kredite weder an den Vorstand noch an Mitglieder des Verwaltungsrats gewährt.

- c) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z. B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?**

Nein, hierfür ergaben sich keine Anhaltspunkte.

- d) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?**

Nein, der Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt öffentlichen Rechts, erfüllt seine satzungsgemäßen (hoheitlichen) Aufgaben.

FRAGENKREIS 8:

Durchführung von Investitionen

- a) **Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?**

Für die Investitionen liegt im Rahmen des Wirtschaftsplanes jeweils eine Investitionsplanung vor, die sich im Wesentlichen aus den Erfordernissen der Geschäftsentwicklung oder bestimmten gesetzlichen Aufgaben ergibt. Wesentliche Investitionen werden hierzu nach den technischen Bestimmungen der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA) geprüft.

- b) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z. B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?**

Es haben sich keine Anhaltspunkte hierzu ergeben.

Im Übrigen erfolgt die Vergabe von Investitionen nach den Bestimmungen der vergaberechtlichen Vorschriften (VOB/VOL u. a.).

- c) **Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?**

Soweit wir feststellen konnten, werden bei baulichen Investitionsmaßnahmen sog. Auftragskontrollen und -abrechnungen erstellt, die bei Überschreitungen von Vertragssummen Begründungen vorsehen. Es besteht ferner ein laufendes Projektkontrolling durch die jeweiligen Abteilungsleiter für die einzelnen Abteilungen.

- d) **Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?**

Wesentliche Überschreitungen haben wir im Rahmen unserer stichprobenartigen Prüfung nicht festgestellt.

- e) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?**

Liegt nicht vor. Unsere Prüfung ergab keinerlei Anhaltspunkte dafür.

FRAGENKREIS 9:

Vergaberegelungen

- a) **Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z. B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?**

Im Rahmen unserer Jahresabschlussprüfung haben sich keine Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen ergeben.

- b) **Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z. B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?**

Nach den uns erteilten Auskünften werden in der Regel Konkurrenzangebote eingeholt.

FRAGENKREIS 10:

Berichterstattung an das Überwachungsorgan

- a) **Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?**

Die laufende Unterrichtung des Verwaltungsrates erfolgte durch den Vorstand in Form des Zwischenberichtes zum 22. August 2013 gemäß § 5 Abs. 6 der Satzung i.V. m. § 21 EigAnVO Rheinland-Pfalz und des Lageberichts gemäß § 36 EigAnVO sowie in sieben Sitzungen des Verwaltungsrates.

- b) **Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?**

Wir haben im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte dafür erhalten, dass die Berichte keinen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage der Anstalt vermitteln.

- c) **Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?**

Ungewöhnliche oder risikoreiche Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen, über die zu berichten wäre, lagen nicht vor. Die laufende Unterrichtung der Mitglieder des Verwaltungsrates erfolgte durch den Vorstand schriftlich und mündlich in sieben Sitzungen des Verwaltungsrates.

- d) **Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?**

Nach den Protokollen der Verwaltungsratssitzungen ergaben sich keine wesentlichen Wünsche zur Berichterstattung.

- e) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z. B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?**

Im Rahmen unserer Prüfung wurden keine Anhaltspunkte festgestellt.

- f) **Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?**

Es gibt weder für den Vorstand noch für den Verwaltungsrat eine D&O-Versicherung.

- g) **Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?**

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir keine Anhaltspunkte für derartige Sachverhalte entdeckt.

FRAGENKREIS 11:**Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven****a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?**

Nicht betriebsnotwendiges Vermögen haben wir im Rahmen unserer Prüfung nicht festgestellt. Das Vermögen dient betrieblichen Zwecken und ist regelmäßig bis zum Ende der Nutzungsdauer gebunden.

b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Dafür ergaben sich im Rahmen der Jahresabschlussprüfung keine Hinweise. Die Vorratsbestände sind insgesamt von untergeordneter Bedeutung.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

Dafür ergaben sich im Rahmen der Jahresabschlussprüfung keine Hinweise. Eine Verwertung des wesentlichen Vermögens im Abwasserbereich ist ohnehin nicht möglich, das Vermögen ist hoheitlichen Zwecken gewidmet und im Betrieb gebunden. Stille Reserven können beim Kanalnetz und den Kläranlagen grundsätzlich nicht realisiert werden.

FRAGENKREIS 12:**Finanzierung****a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?**

Das langfristige Vermögen bereinigt um die Finanzanlagen (TEUR 75.726) ist vollständig mit langfristigem Kapital gedeckt. Das Eigenkapital einschließlich eigenkapitalähnlicher Posten beträgt zum Abschlussstichtag TEUR 83.952. Das langfristige Fremdkapital beläuft sich auf TEUR 280. Für die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen stehen genügend liquide Mittel zur Verfügung.

- b) **Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?**

Entfällt, da die Anstalt keinem Konzern angehört.

- c) **In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?**

Der Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts hat im Wirtschaftsjahr keine Modernisierungsmittel erhalten.

FRAGENKREIS 13:

Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

- a) **Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?**

Es bestehen keine Finanzierungsprobleme.

- b) **Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?**

Der Jahresgewinn 2013 soll der allgemeinen Rücklage zugeführt werden. Diesen Gewinnverwendungsvorschlag halten wir mit der wirtschaftlichen Situation der Anstalt für vereinbar.

FRAGENKREIS 14:**Rentabilität/Wirtschaftlichkeit**

- a) **Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?**

Am Jahresgewinn 2013 sind die einzelnen Betriebszweige wie folgt beteiligt:

	2013	2012
	€	€
Abwasserbeseitigung	550.200,02	1.026.573,15
Abfallentsorgung	239.423,83	600.288,59
Straßenreinigung	48.760,22	14.529,34
Bauhof	25.525,79	129.471,65
Landesgartenschau	-87.601,87	-80.551,33
Insgesamt	776.307,99	1.690.311,40

Somit wurde insgesamt eine angemessene Verzinsung des eingesetzten Anlagekapitals erwirtschaftet. Das Ergebnis soll der Verstärkung der Rücklagen dienen.

- b) **Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?**

Das Jahresergebnis ist nicht entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt.

- c) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?**

Im Verhältnis zur Stadt werden die Leistungsbeziehungen angemessen vergütet. Dies gilt für gewährte Ausleihungen und die liquiden Mittel, die der Stadt zur Verfügung gestellt werden.

d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Entfällt aufgrund der bestehenden Geschäftstätigkeit, die wegen fehlender gesetzlicher Grundlagen eine Konzessionsabgabe nicht vorsieht.

FRAGENKREIS 15:**Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen****a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?**

Verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, waren im Berichtsjahr nicht zu verzeichnen.

b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Vergleiche hierzu die Antwort zu Ziffer 16 a).

FRAGENKREIS 16:**Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage****a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?**

Entfällt, da die Anstalt insgesamt einen Jahresgewinn erwirtschaftete.

b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Vergleiche hierzu die Antwort zu Ziffer 16 a).